

zu politischen Grundsatzfragen der Weltordnung beweisen, die Wahrheit des menschlichen Zusammenlebens nach ihrer inhaltlichen Erfülltheit, wie die Natur des Menschen sie vorschreibt. Wir haben bereits einmal ausführlich im Nachdenken über eine ähnliche Gebetsmeinung für August 1955 gehandelt: „Um friedliche Zusammenarbeit der Völker nach christlichen Grundsätzen“ (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 433—434). Auf diese Gebetsmeinung sollte man zurückgreifen. Es gehört zur tiefsten Wahrheit des Gemeinwohls aller Völker, daß die Menschheit von Gott als eine große Familie zur Einheit geschaffen worden ist. Sie hat ihre natürliche Einheit zwar durch die Sünde verloren und ist einer Verfinsterung des Herzens verfallen, die sich in Rassenwahn und Staatsvergötzung, den furchtbarsten Irrtümern unseres Jahrhunderts, ausdrückt, aber in der Tiefe ist die Menschheit durch Christus wieder in ihre ursprüngliche Einheit versetzt, sie wird von ihm und seiner Kirche sogar in eine übernatürliche Einheit aufgenommen. Von daher gesehen sind alle neuen Trennungen ein Zeichen des Widersachers, alle Bemühungen um Frieden und Einheit aber stehen im Zeichen des Heils, wenn sie in der Wahrheit erfolgen.

Zur Wahrheit des Gemeinwohls gehört auch die Achtung vor der Integrität der Völker und vor der Personwürde des Menschen. Diese Achtung sollte man nicht nur durch Aufstellung völkerrechtlicher Grundsätze oder durch Verfassungstexte bezeugen, sondern z. B. auch durch die rechte Sorge für die einst wirtschaftlich ausgebeuteten, oft künstlich unterentwickelten Völker, denen man heute nicht allein damit eine wirksame Hilfe leisten kann, daß man durch sanitäre Maßnahmen ihre Sterblichkeit herabsetzt, ohne ihre wirtschaftliche Produktivität zu erhöhen (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 323: Ernährungsproblem und Geburtenkontrolle). Staatsmänner, die im Besitz wirtschaftlicher Macht, also auch der sittlichen Verantwortung sind — denn beides ist nicht voneinander zu trennen —, um solche Fragen des Gemeinwohls recht zu lösen, es aber aus wirtschaftlichem Eigennutz unterlassen, machen sich mitschuldig an dem Ausbruch großer internationaler Krisen mit ihren Gefahren. Sie bedürfen daher der Erleuchtung. Zur Wahrheit des Gemeinwohls gehören die Ratschläge des Papstes, die Einigung Europas nicht an eigennützigem Interessen scheitern zu lassen und eine echte Abrüstung durch wirksame Kontrolle der nuklearen Waffenerzeugung zu suchen, weil diese Waffen nicht nur den Zustand der Angst vermehren, sondern weil schon ihre Erprobung die menschliche Natur gefährdet. Dahin gehört auch die Warnung vor der Religion des „technischen Geistes“, die die Verantwortung für das Leben überhaupt gefährdet (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 449). Zur Wahrheit und Gerechtigkeit des Gemeinwohls gehört im engeren Sinne schließlich alles, was den sozialen Frieden innerhalb der Völker aufbaut, z. B. eine echte Sozialreform, die anstelle des Konsumrausches in der Teilnahme am Zivildienstkomfort unter der Parole: „Nach uns die Sündflut“ eine Gesellschaftsordnung schafft, auf deren Fundamenten der einzelne auch aus eigener Kraft für die Sicherung und Vertiefung seines Lebens sorgen kann (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 336: Die Reform der deutschen Sozialversicherung in der Kritik). Vorausgesetzt, daß die Bemühungen der Staatslenker um die rechte Verwirklichung des Gemeinwohls der Welt auch

für den inneren Frieden der Völker die notwendige Beruhigung erwirkt haben. Eines hängt am anderen, der Friede und die Gerechtigkeit sind in der heutigen Weltlage unteilbar.

4. Das dringendste Erfordernis zur Erfüllung dessen, was die Gebetsmeinung erstrebt, ist jedoch zunächst ein Abbau der Koexistenz in der Furcht oder gar der Koexistenz in der Täuschung, vor denen Papst Pius XII. in seiner Weihnachtsansprache von 1954 ernstlich gewarnt hat (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 212—217). Ein Weg dazu ist, daß die geistig-sittlichen Brücken zwischen den Menschen und Staatsmännern geschlagen werden, die für die Wahrheit noch offen sind. Für dieses Werk seien aber, so sagte damals der Papst, weder die materialistischen Skeptiker und Zyniker noch jene Menschen geeignet, die weder unbedingt verpflichtende Wahrheiten noch sittliche Pflichten auf sozialem Gebiet anerkennen und einem Mißbrauch der Freiheit huldigen. Auch appellierte er damals in erster Linie an die Christen, sie sollten nicht meinen, mit dem bloßen Besitz der Wahrheit dem Frieden dienen zu können. Die Wahrheit muß gelebt werden, es müssen den Gegnern des Christentums durch echte soziale Taten die Anlässe zu ihren ungerechtfertigten Angriffen entzogen werden. Er sagte das mit besonderem Hinblick auf die Verpflichtung der wirtschaftlich Führenden. Die Wahrheit kann nicht auf ihre Verkenner übergreifen, wenn sie nicht realisiert wird, und Gerechtigkeit kann man nicht von anderen fordern, wenn man sie nicht vorweist. Man würde die Gebetsmeinung falsch verstehen, wenn man sie von jener Weihnachtsansprache über die Koexistenz in der Wahrheit lösen und ihr entnehmen wollte, die Lenker der Völker sollten um jeden Preis verhandeln, nachdem sie an einem Punkte, der Abrüstung, zu verhandeln begonnen haben. Der Geist der Wahrheit und Gerechtigkeit ist eine Bedingung, ohne deren Beachtung das Gemeinwohl nicht gefördert und der Frieden nicht gewahrt werden kann. Andererseits muß diese Bedingung nicht mit abstrakten Prinzipien und einer starren Politik behauptet werden, vielmehr muß alle Klugheit, die echte christliche Klugheit walten, daß sich der Gegner auch auf den Weg der Wahrheit und Gerechtigkeit begeben kann. Wer das alles erwägt, mag erkennen, daß diese Gebetsmeinung nicht nur im höchsten Maße aktuell ist, sondern daß sie selber in der Wahrheit aufgegeben wurde, damit unser Gebet nicht in die Irre geht.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Ein katholisches Wort zur Bundestagswahl 1957

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat zu den Bundestagswahlen folgendes Wort erlassen:

Katholische Wähler!

Ihr wißt, die bevorstehende Bundestagswahl entscheidet über die geistige und wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes.

Bei Wahlen von solcher Bedeutung gilt für uns alle ein Wort des Heiligen Vaters: „Wahlrecht ist Wahlpflicht.“ Wer sich dieser Pflicht leichtsinnig entzieht, kann einen unheilvollen Ausgang verschulden. Helft, daß niemand fernbleibt!

Laßt Euch nicht verwirren durch Schlagworte!

Laßt nicht selbstsüchtige Gruppeninteressen den Ausschlag geben!

Prüfet reiflich und entscheidet nach dem Spruch Eures Gewissens.

Auch über Eure Wahlentscheidung fordert Gott einmal Rechenschaft.

Prüfet, ob die Parteien, die um Eure Stimme werben, jene Forderungen verstehen und erfüllen können, die unser Gewissen stellt; prüfet, ob für sie Gott auch der Herr unserer Zeit ist.

Prüfet die Programme der Parteien. Fraget die Tatsachen! Haltet Euch mehr an die Werke als an die Worte.

Wer wehrt dem Einbruch des Staates in die Freiheit der Person und in das Recht der Familie?

Wer entwickelt eine familien- und eigentumsfreundliche Wirtschafts- und Sozialpolitik?

Wem ist die Anerkennung der Konkordate mit dem Heiligen Stuhl Selbstverständlichkeit?

Welche Außenpolitik schützt unser Volk wirksam in der Gefahr, die ihm — nach wie vor — vom östlichen Imperialismus droht, führt es zur rettenden europäischen Einigung und gewährleistet eine Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit?

Und vergeßt nicht:

Die politische Zusammenarbeit mit Christen evangelischen Bekenntnisses, die Frucht schwerer Nachkriegsjahre, bleibt für uns verpflichtende Aufgabe.

Der neue Katechismus — Würdigung und Kritik Vom 25. bis 27. Juni 1957 fand in München die Arbeitstagung der Bayerischen Diözesanverbände im Deutschen Katechetenverein statt. Im Rahmen dieser Tagung wurde auch über „die Erfahrungen mit dem neuen Katechismus“ berichtet. Bei diesem Bericht, der vom 1. Vorsitzenden des Deutschen Katechetenvereins, Domkapitular Dr. Hubert Fischer, München, gegeben wurde, dürfte es sich um die erste grundsätzliche Zusammenfassung überhaupt handeln, die seit der Verwendung des neuen Katechismus (in den bayerischen Diözesen seit September 1955 und in den anderen deutschen Diözesen seit Ostern 1956) erfolgt ist.

In kurzen Stichworten erläuterte zunächst der Referent die Einführung des neuen Katechismus, die seinerzeit sowohl von den Bischöfen in Hirtenbriefen als auch besonders vom Deutschen Katechetenverein in Einführungskursen für Geistliche, Laien Katecheten, Lehrer und Eltern gefördert wurde. Obwohl man eigentlich erst relativ kurz über entsprechende Erfahrung verfüge, so fuhr Dr. Fischer fort, könne doch schon heute gesagt werden, daß der neue Katechismus die Erwartungen erfüllt und sich in der Praxis bewährt habe. Die Kinder griffen mit großer Freude nach diesem Buch, sie vertieften sich in die Überlegefragen, die Aufgaben sprächen sie in ihrer Vielfalt an, und die Gebetsnähe der Texte, die reiche Verwendung der Heiligen Schrift wirke sich segensreich aus: die Katechese werde fromm und lebe aus der Kraft der Offenbarung. Immer wieder werde in den Berichten über die praktische Erfahrung mit dem neuen Katechismus darauf hingewiesen, daß es jetzt den Kindern viel leichter als früher möglich sei, einen Überblick über das ganze Heilsgeschehen, über die Heilstatsachen und die Heilswahrheiten zu gewinnen. Die einzelnen Glaubenswahrheiten würden in einem größeren inneren Zusammenhang erlebt. Auch von den Katecheten selbst habe die über-

wiegende Zahl ein gutes Verhältnis zu dem neuen Buch gefunden. Eine wichtige Voraussetzung allerdings dafür, daß die Katechese gelinge, bestehe darin, daß das Lehrstück vom Katecheten gut durchgearbeitet und gut durchbetrachtet wird. „Darin spricht sich nämlich die richtige und wichtige Erkenntnis aus, daß Lehrstück und Katechese nicht identisch sind. Nur wer den Inhalt des Lehrstücks geistig und geistlich in sich aufgenommen hat, wird der Gefahr entgehen, das Lehrstück nach der textanalytischen Methode durchzunehmen und eine katechetische Schablone zu bieten.“ Nur der Katechet, dem das Lehrstück zuinnerst vertraut sei, werde nicht nur in der Aufteilung des Lehrstücks in eine oder mehrere Katechesen das richtige treffen, sondern auch in der methodischen Behandlung des Lehrstücks sich frei fühlen und schöpferisch tätig sein können. Auch von Eltern sei vielerseits der neue Katechismus freudig aufgenommen worden, und sie begrüßten die vielen Möglichkeiten, die ihnen zur Nachbereitung der Schulkatechese damit gegeben seien.

Neben den zahlreichen positiven Erfahrungen seien aber auch kritische Stimmen laut geworden. Dr. Fischer faßte die Bedenken in drei wesentliche Punkte zusammen. 1. Es wird über die große Stofffülle geklagt; 2. Der Katechismus wird besonders für die 5. Klasse als zu schwer empfunden; 3. Für die Verhältnisse der Landschule, besonders der ungeteilten, wird das Buch als zu umfangreich und auch in der Diktion als zu schwer erachtet. Wo nicht Erfahrung gegen Erfahrung steht und offensichtlich die Verschiedenheit der Verhältnisse der Kinder und auch der Katecheten als eigentliche Quellen der Kritik erkannt werden könnten, wurde zu diesen Bedenken folgendes erklärt. Zu 1: Die beklagte Stofffülle wird nur dem Katecheten zum Problem, der von der irrümlichen Annahme ausgeht, es müsse alles im Lehrstück durchgenommen werden. Zu 2: Es ist Sache der Katecheten, den Übergang von der religiösen Unterweisung der Unterstufe zu der mehr systematischen Methode der Mittel- und Oberstufe zu erleichtern und die Katechese so zu formen, daß sie das Kind nicht überfordert. Auch darf darauf hingewiesen werden, daß die Katechese der späteren Jahre immer wieder auf einzelne Lehrstücke des ersten Teiles zurückgreifen muß und so das Verständnis dieses Teiles vertieft. Schließlich zu 3: Die religiöse Unterweisung der Landschule hat seit eh und je ihre eigenen Gesetze, und es wäre unrecht, diese Frage, die mehr eine Frage der Methode und des Lehrplanes ist, mit der Frage der katechetischen Brauchbarkeit des neuen Katechismus zu verquickern. Der Lehrplan, der vom Deutschen Katechetenverband ausgearbeitet und nicht nur von den bayerischen Diözesen ad experimentum eingeführt, sondern auch von einer Reihe außerbayerischer Diözesen übernommen wurde, sieht ausdrücklich Kürzungsmöglichkeiten bei beschränkter Unterrichtszeit vor.

Besonders hart, so fuhr Fischer fort, sei die Kritik in der Frage der Bebilderung. Hierbei müsse man vor allem bedenken, daß in erster Linie nicht der ästhetische Gehalt entscheide, sondern die katechetische Aussage. Auch brauchten nicht alle Bilder zu gefallen. Gerade hier könne man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß mehr der Katechet als das Kind bei der Kritik zu Worte komme. Auch sei leicht einzusehen, daß ein Katechet, der selbst zu den Bildern kein gutes Verhältnis finden könne, das Urteil der Kinder bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt beeinflusse.

Einen breiten Raum in den Ausführungen Fischers nahm das Echo ein, das der neue Katechismus im Ausland gefunden hat. Durchwegs positive Würdigungen seien in mehr oder weniger ausführlicher Form unter anderem in der Schweiz, in Holland, in Italien, in Belgien, in Frankreich, in England und sogar in Brasilien erschienen. Die Arbeit an dem neuen Katechismus als Schulbuch, so sagte Dr. Fischer, sei vorläufig abgeschlossen. Dagegen hätten die Bischöfe des Westdeutschen Conventiats wie auch der Bayerischen Bischofskonferenz dem 1. Vorsitzenden des Deutschen Katechetenvereins vor kurzem den Auftrag erteilt, aus dem Schulkatechismus einen Familienkatechismus zu entwickeln; damit solle einem drängenden Anliegen Genüge getan werden: der systematischen Einführung der Eltern in Form und Geist des Katechismus.

30. Generalversammlung des Cäcilien-Verbandes

Der Allgemeine Cäcilien-Verband (ACV) für die Länder deutscher Zunge ist aus der kirchenmusikalischen Erneuerungsbewegung des 19. Jahrhunderts erwachsen. Er wurde im Jahre 1868 in Bamberg als „Allgemeiner deutscher Cäcilienverein“ gegründet. Bei Gelegenheit des Vatikanischen Konzils unterbreiteten 29 Bischöfe aus Österreich-Ungarn, Deutschland, der Schweiz und Luxemburg Papst Pius IX. eine Petition, den ACV in die Reihe der kirchlich approbierten Vereinigungen aufzunehmen. Das geschah durch das Breve *Multum ad movendos animos* vom 16. 12. 1870. Hat der ACV auch als Hauptträger des Cäcilianismus nicht immer eine glückliche Rolle gespielt, so sind doch seine Verdienste um die Kirchenmusik in den Ländern des deutschen Sprachgebiets unbestritten. In eine Krise geriet er mit dem Ende des Cäcilianismus und dem Vordringen der Liturgischen Bewegung, und die Nazizeit und der zweite Weltkrieg schienen vollends sein Ende zu bedeuten.

Doch hat sich in dem Verband während der letzten Jahre, vor allem dank der Aktivität des Generalpräses Prof. Johannes Overath, Köln-Bensberg, neues Leben entfaltet. Auf der Grundlage, daß der ACV nach dem Breve Pius' IX. päpstlichen Rechtes ist, gelang es dem Verhandlungsgeschick des Generalpräses, die Organisation des Verbandes wiederherzustellen und auch gewisse Widerstände vor allem in Österreich zu überwinden. Das neue Statut, das von der Generalversammlung in Münster verabschiedet wurde, gibt dem Verband eine föderative Struktur. So gibt es jetzt einen deutschen, österreichischen und schweizerischen Landespräses, aus deren Mitte der Generalpräses von einer gleichen Anzahl Wahlmänner jedes Landes gewählt wird. Jedes Land hat ein eigenes Publikationsorgan, dazu kommt das in Deutschland erscheinende „Kirchenmusikalische Jahrbuch“, die einzige katholische musikwissenschaftliche Zeitschrift, die der ACV nunmehr endlich wieder im alten Umfang erscheinen lassen kann. Die Aufgabe des ACV ist weiterhin die Pflege der Kirchenmusik auf der Grundlage der päpstlichen Verordnungen.

Mit seiner 30. Generalversammlung und den Kirchenmusiktagen in Münster vom 15.—17. Juni 1957 trat der neuerstandene ACV an die breite Öffentlichkeit; die letzte derartige Veranstaltung des ACV hatte wohl 1899 stattgefunden. Das Programm dieser Tage, zu denen österreichische, Schweizer, Südtiroler und deutsche Kir-

chenmusiker nach Münster gekommen waren, war ebenso reichhaltig wie bemerkenswert. Zur Eröffnung der Kirchenmusiktage fand am Abend des 15. Juni im Dom zu Münster eine „Volksmesse zum Feste der Allerheiligsten Dreifaltigkeit“ statt. Dabei wurden anstelle der Psalmen Psalmlieder aus den „Psalmen Davids“ von Caspar Ulenberg (Köln 1582) im Wechsel zwischen (mehrstimmigem) Chor und Volk gesungen. Die Antiphonen entfielen, die Einleitungsversikel, das *Te Deum* und *Salve regina* blieben lateinisch-gregorianisch. Für einfache Verhältnisse wurde vorgeschlagen, das lateinische *Te Deum* durch ein deutsches Lied zu ersetzen. Der Versuch war sehr interessant, und es wird sich zeigen, wie die Praxis im weiten Land ihn aufnimmt. Es scheint, daß die Melodien der Psalmlieder nicht mehr durchweg überzeugend wirken und daß die Aufeinanderfolge kurzer Psalmverse, zumal mit der Einschaltung einer Antiphon, eine größere Lebendigkeit ergibt als eine Reihe umfänglicher Liedstrophen. Zudem sind die Liedmelodien nicht so leicht zu singen.

Ein Hochamt am Dreifaltigkeitssonntag brachte die Uraufführung einer „Missa cum populo activo“ von Hermann Schroeder, die auf Anregung des ACV entstanden ist. Das Werk knüpft bei den alten Alternatim-Messen an, in denen mehrstimmiger Satz und einstimmige Choralweise abwechseln. Es baut auf den einfachsten Melodien des Kyrieale Romanum auf und läßt sie im Wechsel Orgel vortragen. Ähnliche Werke sind jüngst in Frankreich zwischen mehrstimmigem Chor und Volksgesang mit reich (P. Joseph Gelineau) und auch schon im deutschen Sprachraum (Ernst Tittel) entstanden, und es besteht kein Zweifel, daß in der Alternatim-Messe eine bedeutsame Gegenwartsaufgabe unserer Kirchenmusiker liegt.

Das neue Verständnis der „klassischen a cappella-Polyphonie“, an der sich einst das cäcilianische Kirchenmusikideal entzündete, manifestierte sich in einer Aufführung der Sieben Bußpsalmen von Orlando di Lasso durch den Aachener Domchor und seine Sängerknaben mit Instrumenten (Leitung: Domvikar Rudolf Pohl, Aachen). Es ist gerade das Verdienst dieser Aufführung, daß gezeigt wurde, wie ohne in der Praxis kaum verfügbare alte Instrumente auch mit modernen Orchesterinstrumenten in geschickter Auswahl die alte cappella-Praxis wieder lebendig gemacht werden kann: Singstimmen und Instrumente werden mannigfach gemischt und nebeneinandergestellt. Es kam ein „ganz anderer“ Orlando di Lasso zu Gehör, und die Begeisterung über diese Aufführung entsprang nicht nur dem Reiz der Neuheit, dem bestechenden Klangerlebnis, der größeren Treue gegenüber der Geschichte, sondern nicht zuletzt der Tatsache, daß uns diese „klassische Polyphonie“ mehr anspricht.

Aus der Fülle der übrigen Veranstaltungen, über die hier leider im einzelnen nicht berichtet werden kann, sollen jedoch zwei Werke geistlicher Hausmusik erwähnt werden: Alfred Berghorn unterlegte seinem „Marianischen Triumph“ für Sopran und Klavier den Text des Propriums vom Feste Mariä Himmelfahrt. Heinrich Lemachers „Missa instrumentalis“ für zwei Violinen, zwei Violen und Violoncello ist eine Art Instrumentalsuite, deren Sätze durch den Inhalt der Sätze des Meßordinariums charakterisiert sind. In einem Hochamt mit Gregorianischem Ordinarium kamen in den Proprienstücken zeitgenössische Komponisten aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und Dänemark zur Geltung (Albert Jenny, Max Gebhardt, Anton Heiller, Leif Kayser).

Internatsschüler über Internats- erziehung

Das Institut für Vergleichende Erziehungswissenschaft in Salzburg hat im Vorjahr eine Enquete über Internatserziehung durchgeführt. Befragt wurden mittels Fragebogen etwas über tausend männliche und weibliche Internatsschüler im Alter von 14 bis 21 Jahren. Die Fragen um die eigentlichen Internatsprobleme waren sehr weit gestellt und mit Fragen allgemeiner Art, wie nach den Interessen und Neigungen, vermischt, damit die ersteren Probleme nicht allzusehr in den Vordergrund traten. Die Fragen ließen jeweils mehrere Antworten zu. So war das Mögliche getan, um die Jungen und Mädchen zu veranlassen, spontan zu äußern, was ihnen am Internatsleben gefällt und was ihnen nicht gefällt. Das Institut erhielt auf diese Weise eine Unmenge von Antworten, die zwecks Auswertung in bestimmte Antwortkategorien zusammengefaßt wurden und in folgendem sehr vereinfacht wiedergegeben werden.

Die Frage, ob sie gerne im Internat seien, beantworteten die Zöglinge zu 81 % mit ja, wobei sich naturgemäß von Internat zu Internat manche Verschiebungen ergaben.

Eine große Fragengruppe befaßte sich mit den internen Verhältnissen des Internatslebens: „Was würdest du dir im Heimleben anders wünschen?“ Bezüglich der Tageseinteilung, der Freizeitgestaltung, Ausgang oder Sonstigem: „Was fällt dir am schwersten?“

Hinsichtlich der Tageseinteilung ergab sich, daß 59 % der Jungen und 50 % der Mädchen eine längere Schlafenszeit haben wollen, und zwar, wie es scheint, nicht aus Faulheit, sondern aus einem echten Bedürfnis. 7 % der Jungen und 2 % der Mädchen lehnen es ab, am Sonntag Aufgaben machen zu müssen. Im ganzen aber hat man den Eindruck, daß die Schüler mit der Tageseinteilung zufrieden sind, zumal 36 % von ihnen ohne Veranlassung erklärten, daß sie mit der Tageseinteilung zufrieden seien. (Viele gingen auf diese Frage überhaupt nicht ein, was als Einverständnis mit den bestehenden Verhältnissen oder auch als Gleichgültigkeit und Resignation gedeutet werden kann; der allgemeine Eindruck der Antworten war jedenfalls positiv.)

Was Freizeitgestaltung und Ausgang betrifft, wollten von den Jungen 6 % mehr Freizeit überhaupt, 18 % mehr Selbstgestaltungsmöglichkeiten in der Freizeit, 10 % mehr Spiel und Sport, 22 % mehr Ausgang, 30 % einen längeren freien Sonntagsausgang und 7 % noch Abendausgang, um kulturelle Veranstaltungen besuchen zu können. Andererseits erklärten 14 %, daß sie mit Ausmaß und Art der Freizeitgestaltung, und 8 %, daß sie mit dem Ausmaß des Ausgangs zufrieden sind. Von den Mädchen wünschen 18 % mehr Freizeit überhaupt, 10 % mehr Selbstgestaltungsmöglichkeiten, 7 % mehr Spiel und Sport, 14 % Ausgang und bloß 2 % noch einen Abendausgang. 14 % der Mädchen erklärten sich ausdrücklich mit dem Ausmaß der Freizeit und 18 % mit dem Ausmaß des Ausgangs einverstanden.

Von den Wünschen und Beschwerden sind folgende bemerkenswert; bei den Jungen: 4 % tadeln einen Vertrauensmangel des Erziehers, 2 % seine Wirklichkeitsferne, 4 % wollen nicht dauernd beobachtet werden, 9 % meinen, daß die Erzieher in ihre private Sphäre eindringen wollen, 3 % klagen über militärische Pünktlichkeit und 5 %, daß sie nicht ins öffentliche Leben eingeführt werden. Sehr auffällig ist, daß sich 26 % gegen den dauernden Zwang zum Gottesdienst und zum Beten auf-

lehnten. Bei den Mädchen: 1 % beklagen mangelnden Frohsinn des Erziehers, 11 % mangelndes Vertrauen, 4 % Wirklichkeitsferne des Erziehers, 6 % wollen nicht dauernd beobachtet werden, 7 % klagen über militärische Pünktlichkeit, 4 %, daß sie nicht ins öffentliche Leben eingeführt werden, 5 %, daß sie nicht in die gesellschaftlichen Umgangsformen eingeführt werden. Gegen den Zwang zum Gottesdienst und zum Beten lehnten sich nur 3 % auf.

Eine weitere Frage lautete, was den Internatsschülern am besten gefällt. Von den Jungen erklärten 30 %: das Gemeinschaftsleben, 6 % fühlten sich in der Regelmäßigkeit des Heimlebens wohl, 14 % lobten die schönen Räume und Einrichtungen, 7 % gefiel der tägliche Meßbesuch. Von den Mädchen nannten gleichfalls 30 % das Gemeinschaftsleben, 10 % die Regelmäßigkeit des Heimlebens, 2 % die allgemeine Atmosphäre im Internat und 2 % die Möglichkeit des täglichen Meßbesuchs.

Über den Einfluß, den die Kameraden ausüben, äußerten die Jungen zu 30 %, daß der Einfluß gut ist, 46 %, daß zum Teil gute und zum Teil schlechte Einflüsse vorhanden sind, und nur 4 % sagten, daß der Einfluß schlecht sei. Bei den Mädchen lauten die entsprechenden Zahlen 47 %, 27 %, 4 %.

Als ihre liebste Freizeitbeschäftigung nannten die Jungen zu 49 % Lesen, 21 % Musizieren, 31 % den Sport, 16 % die Gemeinschaftsspiele (da vielfach mehreres genannt wurde, ergeben sich mehr als 100 %). Die Mädchen nannten zu 75 % Lesen, 51 % Handarbeiten, 21 % Musizieren und 4 % Plaudern.

Erstaunlich hoch ist das Interesse am Religionsunterricht. Von den Jungen haben 77 % ausgesprochenes Interesse am Religionsunterricht, 5 % „sehr großes“ Interesse und bloß 16 % fanden einen mittelmäßigen Gefallen daran. Bei den Mädchen haben 67 % großes Interesse und 21 % „sehr großes“ Interesse.

Interessant ist ferner, daß von den Jungen 30 % zeitweise an einen religiösen Beruf dachten (gegen 48 %, die nie daran dachten). Bei den Mädchen sind es 40 % (gegen 39 %, die nie daran dachten).

Im ganzen ist also das Ergebnis ausgesprochen günstig für die Internate, zumal wenn man bedenkt, daß die Antworten nicht auf Grund von Suggestivfragen, sondern wirklich spontan zustande kamen, weshalb auch niedrigere Prozentzahlen einen hohen Aussagewert besitzen.

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

Der Heilige Vater über die Stellung des Priesters in der Zeit

Papst Pius XII. empfing am 15. Juni eine Gruppe von Alumnen und den Rektor des neuen Diözesankonvikts von Barcelona. Er richtete an sie eine

Ansprache, in deren erstem Abschnitt er zunächst auf die Bedeutung der Konvikte für die priesterliche Ausbildung einging. Unter Punkt 2 und 3 sprach er dann von der Stellung und den Aufgaben des Priesters gegenüber den zeitlichen Anliegen, „weil es eines der Kennzeichen der jungen Priester ist, daß sie wie auf der Suche nach einem undefinierbaren Neuen auf allen Gebieten vorwärtszuschreiten begehren, vor allem im sozialen Bereich, dessen Erfordernisse sich immer stärker aufdrängen“. Wir geben diesen Hauptteil seiner Ausführungen im Wortlaut wieder.

„a) Fortschritt bedeutet für euch nicht die ängstliche Suche nach neuen Grundsätzen, sondern vielmehr die genauere Anwendung jener alten und ewigen Prinzipien, die im Evangelium ihre hauptsächliche Formulierung gefunden haben.

b) Deshalb müßt ihr euch mit der gewohnten Klugheit und Überlegung, nicht unruhig und stürmisch, darum bemühen, daß der mütterliche Geist der Kirche, der zu aller Gewalt und zu jedem anderen mit der priesterlichen Funktion unvereinbaren Exzeß so sehr in Widerspruch steht, in allen Dingen zur Geltung komme.

c) Man muß zwar die Passivität und sogar die bloß ruhige und interessierte Zustimmung vermeiden, die in gewissem Sinn den Anschein von Mitschuld in sich schließen könnte; aber man darf andererseits nicht in den entgegengesetzten Exzeß verfallen und sich den Dingen völlig hingeben. Der Diener des Herrn hat eine bestimmte Mission, in der *alle* gesellschaftsbildenden Faktoren — und nicht nur heute diese und morgen jene — eine Rolle spielen.“

Zu Punkt 3 sagte der Heilige Vater:

„Schließlich darf aber diese Art von Anliegen, die für unsere Zeit so charakteristisch ist und in der die Kirche nicht nur nicht zurückbleibt, sondern immer die vorderste Avantgarde war und ist, euer Denken nicht in einem Ausmaß absorbieren, daß ihr auf folgende Dinge verzeßt:

a) Die Mission des Priesters, obwohl er sich an all diesen Voraussetzungen nicht uninteressiert zeigen darf, hat als ihr Hauptziel die Seelen, die Fortsetzung des ewigen Priestertums Christi, die Ehre des Vaters im Himmel und die ewige Glückseligkeit aller ihm anvertrauten Schäfchen, die er dazu führen muß, daß sie die Arbeiten dieser Welt als ein Mittel sehen, sich den ewigen Preis von viel größerem Wert und Dauer zu verdienen.

b) Für den Christen kann die Lösung so großer Probleme, wie sie die soziale Organisation unserer Tage auferlegt, nicht in einem bössartigen, bis zur Verbitterung und zum Bruch führenden Kampf bestehen, sondern vielmehr in einer Harmonie, die im Licht der ewigen Prinzipien weise gesucht und durch allgemeine Übereinkunft eifrig vorangetrieben wird.

c) Jenseits des Feldes der Gerechtigkeit, jener Gerechtigkeit, die zu fordern nicht schwierig ist, wenn man es mit gesundem Geist und erlaubten Mitteln tut, erstreckt sich die noch viel ausgedehntere Herrschaft der Liebe, zu der man Zuflucht suchen muß, wenn die Lösungen der Gerechtigkeit nicht ausreichen.“

Diese Ansprache, so kommentiert die „Ecclesia“ (29. 6. 57), „wird in den Anthologien der päpstlichen Texte als eine der zutreffendsten und richtungweisendsten für die priesterliche Arbeit erscheinen . . . Es handelt sich weniger um eine Ansprache als um ein Programm oder ein knappes Inhaltsverzeichnis, dem man einen ganzen Band Aszetik und Pastoral entnehmen könnte. Der Papst wollte sogar seine weisen Ermahnungen Punkt für Punkt durchnummerieren, um diesen didaktischen Charakter zu unterstreichen . . . Der Papst ist der erste, der proklamiert, daß die Sozialstruktur, die technische Entwicklung, das Kulturniveau der Eliten und selbst die organische Entwicklung des Apostolats heute umfassendere und oft vitalere Lösungen als die bis jetzt üblichen verlangen. Gerade deshalb aber müssen alle, die dafür den Weg öffnen

wollen, stärker in den übernatürlichen Fundamenten und in der sicheren Lehre der Kirche verankert sein, damit ihr Unterfangen im Himmel fruchtbar werde.“

Der Papst für die politisch Verfolgten Der Heilige Vater hat Ende Juni den Präsidenten des „American Jewish Committee“, Irwin M. Engel, New York, in Begleitung einiger Mitglieder dieses Komitees empfangen. Diese Gruppe befand sich auf einer Europareise, um allen denen zu danken, die in den letzten 20 Jahren den Juden geholfen haben, insbesondere auch dem Papst. Der Papst antwortete auf ihre Huldigung mit einer kurzen Ansprache, in der er sagte:

„Das Amerikanische Jüdische Komitee, das Sie, meine Herren, vertreten, hat kürzlich das fünfzigjährige Jubiläum seiner Tätigkeit für die Rechte und die soziale Stellung derjenigen Ihrer Rasse begangen, die mit anderen völkischen Minderheiten zusammen Vergewaltigung der angeborenen Grundrechte der menschlichen Person haben erleiden müssen.

Wieviele von denen, die ihr Geburtsland verlassen und an ungastlichen Orten Zuflucht suchen und sich eine neue Heimat aufbauen mußten, standen verzweifelten Situationen gegenüber, die zu ihrem Elend noch hinzukamen, weil sie dort, wo sie Gastfreundschaft zu finden gehofft hatten, nicht willkommen waren.

Ihr Wunsch, Uns heute morgen aufzusuchen, bezeugt Ihren Glauben an Unsere Teilnahme an den unglücklichen Verhältnissen dieser Völker, die Wir erwählt haben. Wie es schon Unser Vorgänger vor Uns getan hat, so haben auch Wir bei jeder Gelegenheit energisch erklärt, daß die Grundprinzipien der Gerechtigkeit und der Liebe und die seit alter Zeit geübte Praxis, all denen Asyl zu gewähren, die keine Verbrechen begangen haben, in unserer Zeit Gesetz für die Regierungen sein müssen.

Es ist Unserm väterlichen Herzen ein Trost, zu erfahren, daß Unser Aufruf in vielen Ländern hochherzig befolgt worden ist. Und Wir hegen die Hoffnung, daß, solange diese traurige Heimsuchung dauert, die Staaten ihrer Pflicht nachkommen werden, denen zu helfen, die auszuwandern gezwungen sind.

Wir sind glücklich, Sie willkommen zu heißen, und Wir flehen Gott an, er möge sich in seiner unendlichen Barmherzigkeit derer erbarmen, die Ungerechtigkeit erleiden, und diejenigen erleuchten, die dieses Unrecht begehen.“

Moralische Grundlagen der internationalen Gemeinschaft: Dell'Acqua an die Soziale Woche Spaniens

Msgr. Dell'Acqua, Substitut in der vatikanischen Staatssekretarie, hat an die XVII. Soziale Woche Spaniens ein Schreiben gerichtet. Die Woche, die Mitte Juni 1957 in Pamplona stattfand, stand unter dem Thema „Auf dem Wege zur internationalen Gemeinschaft“. Dell'Acqua machte zur moralischen Seite dieses Themas grundlegende Ausführungen, die sich eng an päpstliche Stellungnahmen anschließen (vor allem an die Antrittsenzyklika *Summi Pontificatus* und die Ansprache an die katholischen Juristen Italiens vom 6. Dezember 1953 [vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 173 ff.]). Solidarität und Liebe, hatte Pius XII. 1939 ausgeführt, sind für eine Menschheit gleichen Ursprungs, gleicher Natur und gleicher Zielsetzung das Fundament der Gemeinschaft. „Der Heilige Vater hat gesagt, daß ‚die innerste

und letzte Wurzel der Übel, die wir in der modernen Gesellschaft beklagen, im Leben der einzelnen wie im sozialen Leben und in den internationalen Beziehungen die Leugnung und Zurückweisung einer Norm universaler Sittlichkeit ist' (*Summi Pontificatus*). Dieses Fehlen der Moral, das schon bei den Individuen der Ursprung der Sünden ist, hat im internationalen Leben schwerste Katastrophen heraufgeführt, nämlich durch einen beklagenswerten nationalen Egoismus, der seinen Eigennutzen zugleich zur höchsten Handlungsnorm gemacht hat. Ist es erlaubt, Konflikte mit kriegerischen Mitteln zu lösen, wenn man auch zu einem friedlichen Übereinkommen gelangen kann? Oder vergißt man, daß die Moral ihre Sanktionen hat? Deshalb muß ,jede neue internationale Ordnung auf dem unzerstörbaren und unveränderlichen Felsen des Sittengesetzes aufbauen, wie es durch den Schöpfer selbst in der Naturordnung niedergelegt und mit unauslöschlichen Lettern in die Herzen der Menschen eingeprägt worden ist' (Weihnachtsbotschaft 1941). Die Beziehungen zwischen den Staaten darf man niemals auf einfache Fakten reduzieren, die durch die Umstände diktiert sind oder gar auf bloßer Nützlichkeit basieren und auf Gewalt gestützt sind; sie müssen eine rechtliche Grundlage haben, und diese kann nichts anderes sein als das ,von der Natur vorgeschriebene Völkerrecht' . . .“

„Der Idee der internationalen Gemeinschaft stellen einige die Schwierigkeiten entgegen, die aus dem Souveränitätsbegriff der Staaten kämen. Aber dazu ist festzustellen, daß die Souveränität ihre Grenzen hat. ,Souveränität im wahren Sinne des Wortes bedeutet Autarkie und ausschließliche Kompetenz in bezug auf die Dinge und den Raum gemäß der Substanz und der Form der Tätigkeit, jedoch im Rahmen des internationalen Rechts — nicht aber in Abhängigkeit von der Rechtsordnung irgendeines anderen Staates' (Ansprache an die katholischen Juristen) . . . Es ist auch ein schwerer Irrtum, dem Staat eine unbegrenzte Autorität zuzusprechen, ,weil sie die Einheit der internationalen Gesellschaft sprengt, dem Völkerrecht sein Fundament und seinen Wert nimmt, zur Verletzung der Rechte der anderen verleitet und das friedliche Zusammenleben erschwert' (*Summi Pontificatus*) . . .“

Wirtschaftsgemeinschaft — Vereinte Nationen

„Wer die den Volksvermögen auferlegten hohen Kosten für die angesichts einer ständigen Weltkriegsdrohung nötige Militärrüstung betrachtet, darf deshalb die internationale Rechtsgemeinschaft nicht außer acht lassen, die nicht nur den Weltfrieden garantiert, sondern zugleich eine Quelle weltweiter wirtschaftlicher Prosperität darstellt. Es besteht freilich ein Mangel an wirtschaftlichem Gleichgewicht in der Welt, der — ohne Freiheit und Gerechtigkeit anzutasten — durch eine bessere Verteilung der Produktionsmittel und Konsumgüter in beträchtlichem Umfang behoben werden könnte; das kann zum großen Teil eine übernationale Gemeinschaft tun . . .“

„Nach dem Ende des Völkerbundes existiert heute die Organisation der Vereinten Nationen, die rings um sich eine Anzahl internationaler Institutionen für die verschiedenen Bereiche: Kultur, Soziales, Wirtschaft und Politik, entstehen sah. Es ist hier nicht der Anlaß, ihre Grundlagen, ihr Funktionieren und die möglichen Verbesserungen zu untersuchen, wohl aber, die Katholiken an ihre Haltung zu diesen Problemen zu erinnern. Der Katholik ,kann nicht nur, sondern er muß sogar bei der

Entwicklung dieser sich bildenden Gemeinschaft mitarbeiten, denn das Beispiel und der Auftrag des göttlichen Meisters stellen für ihn ein Licht und eine Kraft unvergleichlicher Art dar' (Pius XII. am 27.4.57 an die Pax Romana [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 422]). Alle nur aufgewandten Anstrengungen, den jüngst mit hohen Zielen gegründeten internationalen Vereinigungen Leben zu geben, sind also wahrlich zu loben, und es ist zu wünschen, daß aus ihnen reiche Früchte wachsen, die ihre Aktivität sichern . . .“

(Die Kirche) „hat die Gleichheit aller Menschen vor Gott proklamiert und dadurch die Schranken von Rassen und Nationalismen überwunden; sie hat die Abschaffung der Sklaverei begünstigt, hat unzählige Male interveniert, um bei Streitigkeiten Frieden zu stiften; sie war oftmals Schiedsrichter — ist das alles nicht ein wertvoller Beitrag auf dem Weg zur Einheit der Völker? Angesichts der uns nachdenklich stimmenden Spaltungen hat uns die Kirche immer die Einheit des Mystischen Leibes vorzuweisen, jenes ,vollkommenen Gesellschaftskörpers' nach dem Willen Christi, in dem ,alle Glieder vereint sein müssen durch das einheitliche Streben zum gleichen Ziel' (*Mystici Corporis*). So erklärt es sich, daß ,der wesentliche Sinn des übernationalen Charakters der Kirche der ist, dem Fundament menschlicher Gesellschaft jenseits aller Unstimmigkeiten und der Grenzen von Raum und Zeit ständig Gestalt und Form zu geben' (Pius XII. am 20.2.46 an die neuen Kardinäle) . . .“

Die Sozialen Wochen Spaniens (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 451) sind im Gegensatz zu denen Frankreichs ausgesprochen akademische Ausbildungsstätten, „Wanderuniversitäten, die kein großes Publikum erfordern“ (Ecclesia, 22.6.57). Das Auditorium schwankte in diesem Jahr zwischen 200 und 600, davon waren 150 von außerhalb Pamplonas. Träger waren wie immer die kirchlichen Verbände, speziell die Katholische Aktion und die katholischen Sozialinstitute. Unter den Hauptreferenten waren in diesem Jahr zwei ehemalige spanische Minister: Alberto Martín Artajo, bis vor kurzem Außenminister („Christentum, Katholizismus und Gemeinschaft“), und José Larraz, früher Finanzminister („Europa als Zwischenstufe zur Einen Welt“). Es wurden keine Kommuniqués oder Entschlüsse gefaßt.

Franco über Staat und Kirche und über die soziale Entwicklung in Spanien

Erst seit einigen Jahren hat sich der spanische Staatschef und Chef der spanischen Regierung, Generalissimus Francisco Franco y Bahamonde, den Brauch westlicher Publizistik zu eigen gemacht und gewährt von Zeit zu Zeit einem maßgeblichen Vertreter der internationalen Presse ein Interview über die Weltlage und über spanische Probleme. Im Mai 1957 antwortete er ausführlich auf elf Fragen von Francisco de Luis, einem der Leiter des großen katholischen Verlages „Editorial Católica“, in dessen Eigenschaft als Spanienkorrespondent des NCWC-News Service. Es war das nicht nur das erste Franco-Interview, das der internationalen katholischen Presse zugeordnet ist und kirchliche Fragen berührt, sondern überhaupt die erste derartig ausführliche Stellungnahme zu innerspanischen Problemen. Der Ankündigung ebenso wie dem Sprachstil nach handelte es sich um ein freies Gespräch, nicht um vorbereitete Darlegungen.

Das Interview wurde in englischer Sprache veröffentlicht im NCWC-News Service vom 3. und 10. Juni, in der Wochenzeitung der NCWC „Catholic News“ und weiteren kirchlichen Zeitschriften der USA, im spanischen Originalwortlaut in den großen spanischen Tageszeitungen vom 9. Juni. Ausführliche deutsche Auszüge brachte die schweizerische KIPA (4. und 13. Juni, abgedruckt in der „Deutschen Tagespost“ 11. und 28. Juni), eine Zusammenfassung KNA. In Italien wurde der volle Wortlaut durch den „Giornale d'Italia“ und „Momento Sera“ verbreitet. Alle großen Weltblätter haben über das Interview eingehend berichtet, so der „Osservatore Romano“, die „New York Herald Tribune“, „Le Monde“, „L'Aurore“ und „La Croix“. Wir geben im folgenden die Fragen und Antworten, soweit sie Kirche und Staat sowie soziale Probleme behandeln, in vollem Wortlaut wieder.

Kirchliche Soziallehre und göttliche Vorsehung

1. „Würden sich Euere Exzellenz über den Wert der Hilfe äußern, die die Kirche seit dem Bürgerkrieg in dem Kampf um ein besseres Los des spanischen Volkes, vor allem auf sozialem Gebiet, geleistet hat? Haben Sie während Ihrer Regierungszeit bedeutende Wandlungen im religiösen Leben des Volkes beobachtet? Was Euere Exzellenz persönlich betrifft, könnten Sie uns Fälle nennen, wo Ihnen die göttliche Vorsehung in Ihrem Lebenslauf und in Ihren Diensten für die Nation geholfen hat?“

„Die bedeutendste Hilfe, die die katholische Kirche den Spaniern in letzter Zeit geleistet hat, ist die von ihr durch alle Jahre hindurch verkündete und in den letzten Jahren durch unseren gegenwärtigen Papst erneuerte Soziallehre. Die spanische Bewegung hat diese Lehre als Grundlage ihres Programms für eine Besserstellung des Volkes verwendet. Außerdem hat die Kirche in den letzten Jahren innerhalb der nationalen Syndikatsorganisationen ein wirksames Apostolat in den Arbeitermassen entwickelt.

Diese Arbeit könnte man nur gebührend schätzen, wenn das Ausmaß der Entchristlichung bekannt wäre, die der internationale Kommunismus in den Arbeitermassen unseres Volkes systematisch zu entfalten begann. Eine gottlose und glaubensverfolgerische Aktion der sogenannten Linksparteien, die die heiligen und unveräußerlichen Rechte der Kirche systematisch leugneten, trieb die aktivsten Katholiken ins Lager der konservativen Gruppen, die die legitimen Rechte der Kirche unterstützten. Das benützte die marxistische Propaganda, um die Kirche als Feindin ihrer sozialen Ziele hinzustellen.

Der spanische Krieg befreite die Kirche aus diesem aussichtslosen Belagerungszustand und gestattete ihr, ihre Aktionen zu entwickeln und dem Volk die Größe ihrer Grundsätze und Lehren von der sozialen Gerechtigkeit und Liebe zur Kenntnis zu bringen.

Der Staat seinerseits machte sich die weisen Lehren der Sozialzyklen unserer Päpste zu eigen und versuchte, ihnen konkrete Gestalt zu geben, indem er alle jene Ziele, die die Kirche als Ideale vor Augen führt, gesetzlich vorschrieb: Familienlohn, Krankenversicherung, Vergütung für Sonn- und Feiertage, billige und gesunde Häuser und schließlich Vollbeschäftigung; auf all dies hat das emsige Volk mit einer wahren Renaissance des religiösen Glaubens auch in bis dahin sehr glaubensfernen Sektoren geantwortet.

Das zeigen in wahrhaft beredter Sprache die Priesterberufe in den letzten zwanzig Jahren und der immer ausgedehntere Besuch der von Jahr zu Jahr in größerem Umfang abgehaltenen geistlichen Exerzitien.

Was Gottes großzügige Hilfe in diesen Jahren betrifft, so springt sie selbst dem profansten Beobachter in die Augen. Nur mit Gottes Hilfe war es möglich, die Bewährungsproben und Gefahren zu bestehen, denen mein Leben seit vierzig Jahren unterworfen war. Die Fälle, in denen sich Gott uns während des Befreiungskrieges gewogen zeigte, indem er auf der Waage des Ausgleichs unsere Waffen als schwerer befand, waren so groß und wunderbar, und so groß wiederum im Frieden die Fälle, wo er uns alle Schwierigkeiten und Situationen zu überwinden half, daß es eine Sünde der Ungerechtigkeit und Undankbarkeit wäre, wollte ich auf diese Frage das Übermaß dessen verschweigen, was wir Gott schulden.“

Das Konkordat

2. „Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Spanien aus dem Jahre 1953 [vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 22 ff.] war ein Dokument der modernen Geschichte. Welches waren nach Ihrem Urteil seine bisherigen Ergebnisse?“

„Ein katholischer Staat wie der spanische würde kein Konkordat benötigen, um die Forderungen unserer Mutter, der Kirche, auf geistlichem und kanonisch-rechtlichem Gebiet zu erfüllen. Unser Konkordat ist von seiten des Staates die formelle Anerkennung dessen, was die Kirche als göttliches Recht proklamiert und von seiten der Kirche die ausdrückliche Anerkennung jenes Ansehens, das einem katholischen Staat geschuldet wird. Konkordate wurden notwendig durch die Revolutionen der letzten Jahrhunderte und den Laizismus, der die Rechte der Kirche nicht zu kennen vorgab.

Das hauptsächliche Ergebnis des Konkordats zwischen dem Hl. Stuhl und Spanien war es, daß die Spanier wieder zu dem Vertrauen und in den Schoß ihrer Mutter, der Kirche, zurückkehren konnten, von der sie durch die freimaurerischen Bindungen einiger Regierenden in der liberalen Epoche künstlich getrennt worden waren. Wenn man es als historisches Dokument außerordentlich hoch einschätzt, so war es zugleich eine getreue Interpretation dessen, was die Spanier im Denken und im Herzen trugen.“

Kommunismus und Freiheitsrechte

3. „Seit dem spanischen Bürgerkrieg geht die Rede davon, daß die Spanier auf gewisse Freiheiten zu verzichten haben, um sich gegen die Gefahren des Kommunismus zu schützen. Das im Februar veröffentlichte Hirten Schreiben des Episkopats erwähnte diese Freiheiten. Sieht Ihre Regierung die kommunistische Gefahr als in solchem Ausmaß vermindert an, daß einige dieser Freiheiten bald wiederhergestellt werden können? Glauben Euere Exzellenz, daß der Kommunismus in Spanien sich im Untergrund versteckt hat oder daß er beseitigt wurde? Hat die kommunistische Infiltration in einigen hispanoamerikanischen Ländern den traditionell engen Banden zwischen Spanien und Lateinamerika Schaden zugefügt?“

„Wenn ein Land durch eine Erschütterung hindurchgeht wie Spanien in den drei Jahren nach 1936, als es um die Befreiung vom kommunistischen Joch kämpfte, zu dem der Mißbrauch gewisser Freiheiten geführt hatte, so muß

es sich eine unverbrüchliche Garantie dafür schaffen, daß die Wiederherstellung dieser Freiheiten nicht denen einen neuen Weg öffnet, die ständig von außerhalb an deren Zerstörung arbeiten. In diesem Sinn bedeutet das spanische Grundgesetz (Fuero de los Españoles), das in feierlicher Volksabstimmung von der ganzen Nation angenommen wurde, eine breite Charta der Menschenrechte und Freiheiten, deren Erfüllung und Respektierung von den Behörden und Gerichten überwacht wird.

Wir haben alles nur mögliche getan, um Freiheit mit Autorität und Ordnung in Einklang zu bringen; aber wir wollten nicht, nur um im Ausland besser zu gefallen, so weit gehen, daß alle Freiheiten wiederum gefährdet sind. Der Stand der Reife des spanischen Volkes und die gewonnene Erfahrung erlauben uns jedoch, uns mit der Vervollkommnung der Gesetze zu beschäftigen, die diese Freiheiten regeln, um deren größeren und vollkommeneren Genuß zu ermöglichen.

Es gibt heute eine neue Form internationaler verbrecherischer Handlungsweise, die die Vergangenheit noch nicht kannte: die kommunistische Verschwörung gegen das innere Leben der Völker, den systematischen geheimen Willensfang, den Kauf von Organen der Meinungsbildung, die Abhängigkeit von Agenten an Schlüsselpositionen, die Förderung von Streiks und Störungsaktionen, die Wirtschaft und Produktion ruinieren; geheime Rundfunksendungen, die unter dem Vorwand von Unabhängigkeit von Moskau und von anderen Nationen aus zur Rebellion und zur Verbreitung von falschen und verleumderischen Nachrichten aufwiegeln. Es sind schon zahlreiche Völker, die aus Taubheit gegenüber dieser Warnung in die schlimmste der Knechtschaften gefallen sind. Wir selbst sind ihr schon so nah gestanden, daß uns wohl auch jene verstehen werden, die nicht so denken wie wir.

Der moderne Staat entgeht der kommunistischen Gefahr, solange er wachsam bleibt. Wehe aber dem, der schläft oder sich in falschem Vertrauen wiegt! Solange Sowjetrußland als solches existiert, wird es nie aufhören, alle Mittel einzusetzen, um den Frieden und inneren Wohlstand der anderen Völker zu zerstören. Seine scheinbaren Rückzieher sind nur Taktik, um zu täuschen. Wie die Kommunisten selbst sagen, scheinen sie nur zurückzuweichen, während sie in Wirklichkeit zu einem neuen Sprung Anlauf nehmen.

Unser Kreuzzug gegen den Kommunismus hat uns zum bevorzugten Objekt seines Zorns gemacht. Es ist darum auch nicht verwunderlich, daß die in den hispanoamerikanischen Ländern eingedrungenen Kommunisten, denen die Auswanderung große Möglichkeiten eröffnete, mit allen Mitteln unsere Beziehungen zu stören versuchen; die Bande, die uns mit diesen Völkern vereinen, sind aber so stark, daß sie alle diese Hindernisse überwinden und, wie ich hoffe, auch weiterhin überwinden werden.“

Soziale Gerechtigkeit

4. „In ihrem Hirtenschreiben betonten die spanischen Bischöfe nachdrücklich die Notwendigkeit, sich mit aller Kraft um bessere Lebensverhältnisse der spanischen Arbeiterschaft zu bemühen, und sprachen andernfalls von nicht abzusehenden Folgen. Sie nannten eine gerechte Verteilung der Reichtümer und eine Revision des Steuersystems. Konnte die Regierung seitdem praktische Mittel ergreifen, um diese Empfehlungen zu verwirklichen?

Könnten Sie uns etwas in bezug auf künftig vorgesehene Maßnahmen sagen?“

„Die Bemühungen des spanischen Episkopats um die Lebensbedingungen der Arbeiter sind die gleichen, die auch meine Regierung und die vorausgegangenen Kabinette bestimmen. Wir finden das ausgesprochen im spanischen Grundgesetz wie im Arbeitsgesetz, das in der Sozialordnung unserer Zeit eine Magna Charta darstellt. Wenn auch schon sehr viel erreicht und der Lebensstandard unserer arbeitenden Schichten fortlaufend erhöht worden ist, so steht uns doch noch eine große Aufgabe bevor, die wegen der Versäumnisse früherer Jahre nicht mit einem Schlag gelöst werden kann.

Es ist ohne Zweifel sehr schön, zu fordern, aber es ist etwas ganz anderes, konkrete Maßnahmen zu verwirklichen, wenn die Verantwortung auf denen ruht, die sie ausführen. Es ist ohne Zweifel schon ein bemerkenswerter Erfolg, daß Spanien die Katastrophen und Zerstörungen der Republik überlebte, völlig aus eigener Kraft überwand und dabei noch seine Wirtschaft und den Lebensstandard der wirtschaftlich schwachen Schichten beträchtlich verbesserte und die soziale Hilfe zu einem bis dahin unbekanntem Ausmaß erweiterte.

Wenn alles auf eine kranke Wirtschaft aufgebaut werden muß, wie es die spanische ist, so darf man nicht außer acht lassen, daß sehr viele Faktoren im Spiele sind und daß alles vermieden werden muß, was die entgegengesetzten Wirkungen als die angestrebten haben könnte. In einem Zeitpunkt, da die Schaffung, Förderung und Vervielfältigung der Produktionsquellen und Arbeitsmöglichkeiten unabdingbar und die Neugestaltung der dörflichen wie der Industrielwelt die Forderung der Stunde ist, könnte jede Unklugheit auf diesem Weg fatale Folgen haben.

Ungeduld ist in diesem Bereich zwar menschlich, aber es wäre wirklich ungerecht, die Vielfalt des schon Erreichten nicht anzuerkennen: auf dem Land durch das Institut für Kolonisation die Neulandgewinnungen zur Befreiung und Hebung weiter Bauernkreise, in der Arbeitsgesetzgebung die erweiterte Teilnahme der Arbeiter an den Betriebsgewinnen, die Befreiung der Löhne und Vergütungen der Arbeiterklasse von Steuern, die Gesetze über Leitung und Vermietung des sozialen Wohnungsbaus, die Spezialisierung der Arbeitskräfte durch die Arbeiterschulen, Institute und ‚Arbeiteruniversitäten‘ [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 163 und 214]. Gegenwärtig befinden sich neue und weittragende Gesetze in Vorbereitung, die das Steuersystem betreffen und zu einer größeren Gerechtigkeit in den Steuerlasten und in der Verteilung der Reichtümer führen werden.“

Die fünfte Frage betraf die Bedeutung der jüngsten Kabinettsumbildung (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 355), die Franco mit dem Bestreben nach einer besseren Vertretung aller Volksgruppen im Sinne des Korporativsystems begründete.

Unzufriedenheit und Streikrecht

6. „Für die sogenannte Unzufriedenheit unter den Studenten und Arbeitern hat es verschiedene Erklärungen gegeben; die einen hielten geheime kommunistische Gruppen für verantwortlich, anderen schien die Unzufriedenheit gewaltig übertrieben. Was ist Ihre Meinung?“

„In allen Ländern der Erde verzeichnet man Jugendkrawalle und Schwierigkeiten in den Sozialbeziehungen

mit mehr oder weniger häufigen Arbeiterdemonstrationen, ohne daß die Außenstehenden dem größere Bedeutung beimessen. Ich halte es für aufgebauscht und ungerichtet, deswegen, weil solche Vorkommnisse in Spanien seltener sind, diesen dann eine Bedeutung zu unterschreiben, die sie absolut nicht haben.

Unsere Jugend ist gesund und lernbegierig, wenn auch, wie alle Jugend, großzügig und naiv. Deshalb wurde sie zum Ziel kommunistischer Propaganda und aufrührerischer Elemente. Keine Studentenschaft ist frei von provozierenden Agenten, die bisweilen leichtsinnige, schlecht erzogene oder neuerungssüchtige und der Propaganda verfallene Charaktere zu Krawallen verführen, zu denen die Jugend immer neigt. Sie wollen damit Repressalien heraufbeschwören, die die von ihnen ausgebeutete Unzufriedenheit noch weiter schüren würden. Das pflegt so lange zu dauern, bis die Drahtzieher aufgedeckt und entlarvt werden.

Die Arbeiterschaft ist durch ihren Mangel an Aufklärung und durch alte Ressentiments ein noch geeigneteres Feld für die marxistische Propaganda und die Tätigkeit der Agenten des internationalen Kommunismus, und obwohl die Arbeitermassen im allgemeinen einen guten Sinn für bewußten Patriotismus beweisen und derartige Einflüsterungen zurückweisen, läßt es sich nicht vermeiden, daß jene in einem bestimmten Fall irgendeine Gegensätzlichkeit oder Verständnislosigkeit in den Arbeitsbeziehungen verwenden, die Spaltung ausnützen und den normalen Arbeitsablauf stören. Das, was in anderen Teilen der Welt jeden Tag in viel größerem Umfang vorkommt, will man mißbräuchlich ausschachten, wenn es sich um Spanien handelt.

Manche ‚zerreißen hier ihre Priesterkleider‘ [Anspielung auf Herodes, Mt. 26, 65] und wollen in Unkenntnis der Ursachen das gesetzliche Verbot des Streiks in Spanien als eine Tyrannei gegen die Arbeiter interpretieren.

Die Aufrechterhaltung der normalen Arbeitsdisziplin ist in dieser Stunde von gebieterischer Notwendigkeit. Arbeitsunterbrechung und Produktionsverminderung fügen der Volkswirtschaft einen ungeheueren Schaden zu, der letztlich die schwächsten Schichten der Gesellschaft trifft und darum gegen das Gemeinwohl verstößt, das der Staat zu verteidigen hat; in einer Nation wie der spanischen gar mit den außerordentlich schweren Nachwirkungen des Krieges würden diese Dinge eine Katastrophe heraufbeschwören. Deshalb hat Spanien in seinen Grundgesetzen den Klassenkampf abgeschafft und verbietet in seiner Gesetzgebung Unternehmerabsprachen zur Arbeitsaussperrung ebenso wie Arbeiterstreiks. [Vgl. aber dazu die Haltung der Kirche, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 411, und die dortigen Verweisungen.]

Ist deshalb der einzelne Arbeiter seines Schutzes beraubt? In keiner Weise. Es gibt in Spanien die Betriebs-Schiedsgerichte, die die auftauchenden innerbetrieblichen Probleme lösen, und die Arbeitsdelegierten, die auf diesem Gebiet spezialisiert sind, über die Einhaltung der Sozialgesetze und Arbeitsverträge wachen und bei den über den betrieblichen Rahmen hinausgehenden Differenzen zwischen den Sozialpartnern eingreifen, indem sie in Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Syndikat ein Übereinkommen suchen. Kommt ein solches nicht zustande, so ist es der Arbeitsminister, der nach Anhörung der Partner und der landwirtschaftlichen oder industriellen Produktionsvereinigungen der Regierung eine gerechte Lösung

vorschlägt. Andererseits existieren Arbeitsgerichte, an die sich die Beteiligten, Arbeiter oder Unternehmer, wenden können, wenn die Partner in der Erfüllung oder Auslegung der Verträge nicht einig sind, und gegen deren Schiedsspruch sie an die Arbeitskammer des Obersten Gerichtshofes appellieren können.

Der Arbeiter ist also vollkommen geschützt und besitzt alle Rechtsmittel, die das anspruchsvollste Gesetz nur vorschreiben konnte. Ich wage zu behaupten, daß Spanien auf diesem Gebiet erheblich weiter fortgeschritten ist als andere Völker und daß seine Gesetzgebung einer gebieterischen Notwendigkeit entspricht, die in jeder Weise mit den gesunden Grundsätzen der Gerechtigkeit im Einklang steht. Die Kritiker vergessen in dieser Hinsicht, daß die unmittelbare Aktion und die auf eigene Faust herbeigeführte Gerechtigkeit das Gesetz der primitiven Gesellschaften, das Gesetz der Wildnis ist, während der Richter das Sinnbild der Kultur und der modernen Gesellschaft bedeutet . . .

Reiche und mächtige Gesellschaften können sich den Luxus erlauben, Arbeitsstage zu verlieren, Produktionsverluste zu erleiden, unter Gefährdung des Gemeinwohls ihre Molen, Rampen und Verkehrswege stilllegen zu lassen — Staaten wie der unsrige können das nicht. Wir brauchen alle Kräfte und alle Energie für den Wiederaufbau und für die Hebung des Lebensstandards.

Daß einige, die diese Störungen bei sich zu eigenem Nutzen auswerten, unser System angreifen und von außen mit Radio und Propaganda auf uns einzuwirken versuchen, ist zwar verständlich, aber es ist nicht gerecht.“ Der siebte Punkt behandelte Francos Ansichten vom internationalen Zusammenleben und von der Rolle Spaniens in der Gemeinschaft der Nationen.

„Rückständigkeit“ und spanische Eigenart

8. „Gegenüber der von gewissen Feinden Spaniens vortragenen Behauptung, Spanien sei ‚rückständig‘, fehlen nicht die Beobachter, die viele und offenkundige Fortschritte feststellen. Würden sich Euere Exzellenz über die Verbesserungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, der Fürsorge, der Wohnungen, Schulen usw. äußern?“

„Der Kernpunkt der Frage sind die Ursachen, weswegen Spanien rückständig ist. Die augenscheinlich erreichten Fortschritte würden nicht ins Gewicht fallen, wenn wir uns der Gründe nicht bewußt wären, die zu jener Rückständigkeit führten. Sie war nicht durch das Versagen der Menschen begründet (denn Spanien hat wertvolle Leistungen in allen Zeiten aufzuweisen), sondern durch ein System, das die individuellen Bemühungen unfruchtbar machte und die Wünsche und Vorstellungen eines ganzen Volkes auslöschte.

Ihre inneren Kämpfe führten unsere Nation in einen Skeptizismus und Widerwillen gegen alles Politische. Die individualistische, kühne und hitzige Eigenart ihrer Kinder machte mehr als für andere Völker Normen der Disziplin, der Autorität und der Ordnung nötig, die immer, wenn sie bestanden, eine wahrhaft seltene Höhe der Kultur und des Fortschritts einbrachten.

Der Rückschlag, den die Kämpfe der Klassen und der politischen Parteien auf dem Gebiet des kulturellen Fortschritts verschuldet haben, ist außerhalb unserer Nation so gut wie unbekannt; nur wer vor unserer Befreiungsbewegung hier gelebt hat, kann sich über das Ausmaß des bereits erreichten Fortschritts auf allen Gebieten, sei

es unter religiösem, kulturellem, landwirtschaftlichem, industriellem oder sozialem Aspekt, ein Bild machen. Das alles ist in unserem Volk in weiterem freiem Fortschreiten begriffen, und seine Einzelheiten würden diesen Bericht unabsehbar machen.“

Eine neunte kurze Frage und Antwort bezogen sich auf die menschlichen Kontakte zwischen Amerikanern und Spaniern, wobei Franco die tatsächlich sehr problematischen Verhältnisse mit freundlichen Worten übergang.

Der Bürgerkrieg als geschichtliche Notwendigkeit

10. „Haben Sie eine Botschaft für jene, die vor zwanzig Jahren das spanische Vaterland verlassen haben?“

„Viele sind es, die in diesen Jahren wieder in ihr Vaterland zurückgekehrt sind; viele andere, die in der Gastfreundschaft anderer Nationen — vor allem Hispanoamerikas und Frankreichs — Wohlstand und ständige Beschäftigung gefunden haben, haben ihren Geist besänftigt und kommen mit einer gewissen Regelmäßigkeit nach Spanien, um ihre Angehörigen zu besuchen. Den anderen, die draußen blieben, können meine Worte wenig bedeuten; denn ich könnte ihnen nur sagen, daß der Befreiungskrieg eine geschichtliche Notwendigkeit war, ohne die die Rettung und der Wiederaufbau unseres Landes unmöglich gewesen wären; daß um den Preis der Opfer, den er für einige spanische Bereiche bedeutet hat, der nationale Sieg die einzige und wirkliche Lösung für diesen Wiederaufstieg und für Spaniens Zukunft war; daß dieser Sieg nicht durch eine Clique ausgeschlachtet wurde, sondern dem ganzen Volk zugute kam; daß sie, wenn sie das Ausmaß der Neugestaltung und des Wiederaufbaus in Spanien auf alle Gebieten kennen würden, tief bewegt wären von dem Segen ihrer Opfer; und daß schließlich alle, die frei sind von Verbrennen und Bosheit, bei ihrer Rückkehr ins Vaterland ebenso wie die schon Zurückgekehrten in ihm die Mutter aller finden werden.“

11. „Was die Zukunft angeht: Welches sind nach Ihrer Meinung die grundlegenden Kräfte für spanische Stabilität und Stärke, das Unterpfand für die geschichtliche Zukunft der Nation?“

„Die Bewahrung der außerordentlichen Tugenden ihrer Kinder und die Aufrechterhaltung der Einheit unter den Spaniern, die schon immer die Grundlage ihrer Größe war. Einheit im Glauben, Einheit im Sozialen zwischen den Menschen und den Landschaften Spaniens. Und im Blick auf die Zukunft niemals die harten Lehren der Geschichte zu vergessen.“

Kritische Kommentare

Von den in Spanien bisher erschienenen Kommentaren zum Franco-Interview möchten wir einige herausgreifen: Die „Ecclesia“ (15. 6. 57) schreibt: „Die Anerkennung der Hilfe der Kirche, wie sie in den päpstlichen Enzykliken, den Stellungnahmen Pius' XII. und auch den kürzlichen Erklärungen der spanischen Metropoliten zum Ausdruck kommt, ist in so vielen konkreten Punkten spanischer Gesetzgebung unbedingt mustergültig... Exemplarisch ist auch die Anerkennung der göttlichen Hilfe, die für einen Ungläubigen vielleicht ein Objekt der Lächerlichkeit und des Spottes sein mag, nicht aber für uns Katholiken, die wir die göttliche Vorsehung über jedem einzelnen Menschen und sogar über den Nationen und Völkern anerkennen.“ Die offizielle Zeitschrift der Katholischen Aktion kommentiert dann erneut das spa-

nische Konkordat, wobei sie bei allem Beharren auf den Sonderheiten des „katholischen Staates“ doch auf die Grenzen zwischen Staat und Kirche hinweist. (In der Aktivität der spanischen Kirche wird ja in den letzten Jahren von allen Beobachtern ein immer stärkeres Abdrücken von der Identifizierung mit dem Staat beobachtet. Der Kardinal-Primas schrieb im Sommer 1956 in seinem Amtsblatt von Toledo: „Die Zusammenarbeit von Kirche und Staat darf nicht zu Verwirrung Anlaß geben. Die religiöse und die bürgerliche Gesellschaft sind zwei ‚societates perfectae‘, von denen jede in ihrem Bereich unabhängig ist. Auch bei einer Zusammenarbeit unter herzlichem Einvernehmen steht die Kirche nicht im Lebensverhältnis zu irgendeinem Regime. Sie läßt dem Staat die Ehre seiner Erfolge und die Verantwortung für sein Versagen.“)

Abschließend heißt es: „Ecclesia“ wünscht, daß ... die im Art. 34 des spanischen Grundgesetzes angekündigten Ergänzungsgesetze erlassen werden, damit durch den rechtmäßigen Gebrauch der der menschlichen Person innewohnenden Freiheitsrechte und durch ein verständiges Zwiesgespräch zwischen den sozialen Ständen zum Schutz ihrer Rechte und auch zwischen dem Staat und seinen Bürgern die Einheit des spanischen Volkes und der soziale Friede jeden Tag fester werde.“ General Franco wird für seine Zusagen beim Wort genommen werden!

Die führende spanische Tageszeitung „ABC“ widmete dem Interview zwei Leitartikel am 11. und 15. Juni mit den Überschriften „Der soziale Wert der Kirche“ und „Steuergerechtigkeit — Reichumsverteilung“. Im ersten Kommentar heißt es: „Wenn wir heute nach achtzehn knappen Jahren seit dem Zusammenbruch zurückschauen und die Fortschritte der sozialen Gerechtigkeit in unserem Zusammenleben überdenken, so können wir Gott geben, was Gottes ist, indem wir anerkennen, was wir der Kirche an Wohlstand und Erfolg verdanken. Franco hat an dieser unbestreitbaren Tatsache keine Abstriche gemacht.“ Im zweiten Beitrag fragt die „ABC“: „Wie kann man das Volkseinkommen besser verteilen, ohne dabei das Kapital noch die Arbeit zu betrügen? Wir wollen weder unzulässig vereinfachen noch spekulieren, aber die Antwort scheint uns sehr leicht: indem wir den Zwischenhandel ausschalten... In diesem Gewirr von ungerechtfertigten Gewinnspannen scheint uns der Schlüssel einer gerechten Verteilung des Nationaleinkommens zu liegen.“

Mit Abstand am kritischsten ist das kämpferische Wochenblatt der Katholischen Jugend Spaniens, „Signo“ (22. 6. 57). Es weist zunächst die Spitzen Francos nach Frage vier und sechs zurück: „Die Kirche hat in diesem wie in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens keine andere Mission und kann keine andere haben, als zu definieren, dem Denken die Weichen zu stellen und die soliden Grundlagen moralischer und sozialer Prinzipien zu legen.“ Dann fährt der Kommentar fort: „Damit nun die Lehren der Kirche in den Augen der schwachen Schichten unserer Gesellschaft nicht nur eine Utopie bleiben, müssen aber sowohl im privaten Kreis die Katholiken wie in amtlicher Funktion der Staat, der sich doch als unbestreitbar katholisch bezeichnet, die Punkte der päpstlichen Soziallehre in greifbare Wirklichkeiten umwandeln. Wir haben es an dieser Stelle mehrmals ausgesprochen und bestehen von neuem darauf, daß das Lippenbekenntnis ohne den geringsten Sinn ist, wenn es nicht von nützlichen Werken begleitet ist, und zwar in einem Aus-

maß, daß die drängenden Probleme an der Wurzel angepackt werden. Wir halten es für unumgänglich, einmal auszusprechen, daß man die kommunistische Gefahr nicht durch eine rigorose Aufsicht bekämpfen kann, sondern besser durch die größtmögliche Achtung vor den menschlichen Rechten, die mit der Natur selbst und damit von Gott gegeben sind. Kein Staat, der darauf hält, aus Rechtlichkeit, Gerechtigkeit und christlichem Geist zu handeln, darf diese Rechte in irgendeiner Hinsicht außer acht lassen . . . Daß diese Rechte und Pflichten in irgendwelchen Grundgesetzen ohne die nötige Konkretion niedergelegt sind, daß zu anderen Zeiten mit diesen menschlichen Freiheiten Mißbrauch getrieben wurde, ist kein hinreichender Grund, ihre Verwirklichung weiter aufzuschieben . . .

Wenn die entscheidende Ursache der spanischen Rückständigkeit nicht im Versagen der Menschen lag, sondern im System . . ., braucht sich niemand über die Sorgen der heutigen Jugend zu wundern, die alles will, nur nicht die Aufrichtung eines Systems . . . Für uns sind die Spanier kein individualistisches Volk, sondern eher das Gegenteil, obwohl jener Terminus schon so oft gebraucht und wiederholt wurde, daß er zum Schlagwort geworden ist. In Wirklichkeit war das, was man unter Volk versteht, eine fügsame Masse, die von den verschiedenen Abenteurern der Politik sanft geführt wurde. Man kann also, wenn man eine ehrliche und nichts beschönigende Analyse der spanischen Zeitgeschichte anstellen will, nicht von einer Krisis des Volkes sprechen, sondern viel eher von einer Krisis der Systeme und ihrer Führer.“

Solche Worte klingen schon fast aufrührerisch und setzen einen Kontrapunkt zu dem Monolog Francos. (Vgl. auch die nachfolgende sozialpolitische Meldung.)

Die katastrophale Wirtschafts- und Sozialstruktur Spaniens

Es ist für den spanischen Arbeiter ein schlechter Trost, daß sein Lohn, setzt man ihn in Beziehung zum erarbeiteten Volkseinkommen, vermutlich in der

Welt am höchsten liegt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 357). Er hat auch kein Verständnis dafür, daß Spanien eine „kranke Wirtschaft“ hat (vgl. das Franco-Interview, ds. Heft, S. 503 ff.). Er setzt seinen Lohn vielmehr in Beziehung zu dessen Kaufkraft und muß erkennen, daß dieser Reallohn seit Jahren eher sinkt als steigt. Er sieht auf die von Jahr zu Jahr anwachsenden Touristenscharen und auf den steigenden Lebensstandard aller anderen europäischen Nationen, unter denen sein eigener Reallohn an letzter Stelle steht.

Die Lohnerhöhungen vom Herbst 1956 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 79) hatten einen genau entgegengesetzten Effekt als beabsichtigt. Die Preisspirale hat sich nämlich seitdem in erschreckender Konsequenz höhergeschraubt. In den letzten Monaten wurden die Eisenbahn-, Autobus- und Gastarife um 35%, die Stromtarife um 20% und die Zeitungspreise um 50% erhöht. Am einschneidendsten war neben einigen anderen Lebensmittelverteuerungen die indirekte Brotpreiserhöhung durch eine Verringerung des Gewichts um 20%. Die in Gual Villalbí, den neuen Minister für wirtschaftliche Koordination, gesetzten Erwartungen wurden völlig enttäuscht; die Front seiner dirigistischen Gegner war stärker als seine vagen Liberalisierungsbestrebungen. Die Unternehmer sind ebenso unzufrieden wie die Arbeiter. Die Bör-

senstürze, die Abwertung der Peseta (durch die Umwandlung der Devisenwechselkurse inzwischen sogar legalisiert) und die inflationäre Entwicklung halten an.

Alarmierende Landflucht

Große Teile der Arbeiterschaft sind unter die Grenze eines psychologisch noch erträglichen Existenzminimums gekommen; sie haben nicht mehr viel zu verlieren und sind damit für die Appelle zur Einsicht und zur Arbeitsdisziplin nicht mehr zugänglich (vgl. gegenüber dem Franco-Interview das „Gebet eines Streikenden“, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 410). Am schlimmsten ist die Situation in der Landwirtschaft, die zudem in diesem Jahr wieder einmal unter Wassermangel leidet. Die Neulandgewinnung in der westspanischen Extremadura, der sogenannte „Plan Badajoz“, auf den Franco in seinem Interview anspielte, ist zwar mit der Gründung von 18 neuen Dörfern positiv angelaufen und eröffnet in seinem weiteren Verlauf große Möglichkeiten; aber in den alten Schwerpunktgebieten ist die Landwirtschaft im Rückgang begriffen. In Galizien, der fruchtbarsten Region im Nordwesten, ist der Viehbestand in den letzten fünf Jahren um mehr als ein Viertel zurückgegangen. Fast überall ist der Grundbesitz in viel zu kleine Parzellen aufgeteilt, weite Gebiete sind außerdem auf künstliche Bewässerung angewiesen. Eine intensive Bewirtschaftung nach modernen Gesichtspunkten ist unter solchen Umständen nur selten möglich. Die Landarbeiter (die fast genau 50% der Erwerbsbevölkerung ausmachen) sind wirtschaftlich noch wesentlich schlechter gestellt als die der Industrie, und sie greifen neuerdings in einem alarmierenden Ausmaß zum Mittel der Abwanderung. Ganze Dörfer, vor allem in Andalusien, sind heute schon gefährlich leer geworden. Während einige landwirtschaftliche Regionen bereits unter Arbeitskräftemangel leiden (andere unter Arbeitslosigkeit), staut sich in den neuen Industriezentren ein Proletariat ohne jede wirtschaftliche und gesellschaftliche Verwurzelung. Vor allem um Madrid ist im Zuge der gegenwärtigen Industrialisierungswelle unter Verknappung aller natürlichen Gegebenheiten ein solcher neuer Schwerpunkt entstanden, während andere Regionen völlig vernachlässigt blieben. Allein nach Madrid, dessen Einwohnerzahl sich in den letzten hundert Jahren bereits verzehnfacht hat, strömen jährlich 40—50 000 Zuwanderer aus allen Teilen des Landes. Daß für solche Scharen menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten nicht bestehen, liegt auf der Hand. „Jahr für Jahr werden zwar Wellblechhüttenansammlungen und Erdhöhlenester dem Erdboden gleichgemacht und ihre Bewohner in billigste Neubauten eingewiesen, die vom Nationalen Institut für Wohnungsbau errichtet wurden, aber in unmittelbarer Nähe dieser Billigstwohnungen schießen wie Pilze nach dem Regen neue Wellblechhütten und neue Wohnhöhlen aus dem Boden . . . Polizeiliche Anmeldung ist verpönt, Polizeivorschriften werden ignoriert — abgesehen davon, daß die wenigsten Zuwanderer eine Verordnung zu lesen vermögen“ (Badische Zeitung, 8. 7. 57). Wie die Zeitung „El Adelantado“ in Segovia Anfang Juli offen schrieb, ist andererseits „der Mangel an Erntearbeitern so weit gediehen, daß einige Dörfer der Provinz inzwischen zum äußersten Mittel gegriffen haben und mit Lastautos bis Toledo und Extremadura fahren, nur um irgendwo Tagelöhner für die Ernte zu finden“.

Dabei sind allein im Mai und Juni fast tausend spanische Landarbeiterfamilien nach Kanada, Frankreich und Australien ausgewandert. Größere Gruppen von Landarbeitern sind zur Saison nach Frankreich gegangen, wo sie besser entlohnt werden.

„Erbitterung und Verzweiflung“

Der frühere Falange- und jetzige Wohnungsminister *de Arrese* erklärte vor wenigen Monaten in einer öffentlichen Ansprache: „Wenn wir der erschreckenden Landflucht nicht schnellstens entgegengetreten, und sei es auch nur auf künstliche und provisorische Art und Weise, wird das Land ruiniert sein, und zwar ohne daß dadurch irgendwelche Probleme gelöst wären. Um die Städte hätte sich vielmehr nur ein Gürtel von Zuwanderern gelegt, in dem jede städtische Neuordnung im Keime ersticken müßte. Was noch trauriger ist: In den Seelen jener, die mit dem rechtmäßigen Traum gekommen waren, nun hier ihr Auskommen zu finden, wird sich ein Kern von Erbitterung und Verzweiflung festsetzen, der eines Tages wie ein Sturm alles hinwegfegen wird.“

Die Regierung ist sich über die alarmierende Situation also durchaus im klaren. Aber gibt es überhaupt Mittel zur Abhilfe? *Arrese* fuhr fort: „Als erste Bedingung für die Verwurzelung der Landbevölkerung müssen wir den Lebensstandard in den Dörfern heben. Dafür genügt es nicht, Wohnungen zu bauen; dafür genügt nicht einmal der Anreiz durch ausreichende Einkommen. Wir müssen vielmehr das Landleben angenehm erträglich machen, müssen ihm alle jene Verbesserungen geben, die die Zivilisation erfordert und die heute einzig der Stadt reserviert zu sein scheinen — als ob die Dörfer die traurige Aufgabe hätten, die Spanier zweiten Ranges zu beherbergen.“

Mit dem gleichen Thema beschäftigte sich im Juni bei der Einweihung neuer Wohnungen in *Huelva Solís Ruiz*, langjähriger Syndikatsführer, „geringstmöglicher Falangist“ („*Ibérica*“, 15. 3. 57) und neuer Falangeminister. „Wir müssen in Spanien auf das Land große Sorgfalt verwenden und uns um diese Menschenmassen kümmern, die sich ihrer Feldarbeit widmen, von der aber nicht alle menschenwürdig leben können . . . Häufig sehen wir, wie eine auf dem Land fast verachtete Ware unter mißbräuchlichen Gewinnspannen in den Städten verkauft wird, indem sich nämlich ein Kreis von Zwischenhändlern einschaltet, die oft keine andere Aufgabe haben, als die Ware zu verteuern.“ Hier wird also der gleiche Punkt angeprangert, den der Kommentar der „*ABC*“ zum Franco-Interview (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Heft, S. 507) als die einzige Chance zu einer gerechten Einkommensverteilung herausstellte.

Die Natur mit ihren Schätzen hat Spanien sehr spärlich bedacht, und es ist außerordentlich schwer, auf der düren Hochebene der Iberischen Halbinsel einem weiterhin schnell anwachsenden 28-Millionen-Volk ein menschenwürdiges Auskommen zu verschaffen. Franco hat auch recht, wenn er von „jahrhundertelangen Versäumnissen“ und von einer „kranken Wirtschaft“ spricht. Diese Wirtschaft läßt sich zweifellos nur sanieren, wenn man außerordentlich tief in die gesellschaftliche Struktur des Landes eingreift. Hat das Franco-Regime dies in einem gerechten Ausmaß getan, wenn schon seine Wirtschaftspolitik so umstritten ist? Bereits die innerspanischen Kritiken,

die doch unter beschränkter Meinungsfreiheit zustandekommen, lassen an einer eindeutig positiven Bejahung dieser Frage zweifeln.

Kampagne der katholischen Arbeiterjugend

Die spanische Kirche — das hat die Herder-Korrespondenz seit Jahren dokumentiert — ist jedenfalls in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht bereit, die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates in vollem Umfang zu bejahen oder gar zu decken. Wir haben heute von einer Aktion zu berichten, die die — unseren Lesern schon bekannte — kämpferische Wochenschrift der katholischen Jugend „*Signo*“ (22. 6. 57) unter dem Titel „Nationalkampagne der JOC — Lohn, Menschenwürde, Kultur“ veröffentlicht hat. Der Appell fußt auf 40 000 Fragebogen, die in alle Teile Spaniens versandt worden waren, und ist aufgebaut nach den Kategorien der internationalen Christlichen Arbeiter-Jugend (CAJ/JOC): „Sehen — Urteilen — Handeln“.

In der Präambel heißt es: „Wir, die jungen Arbeiter, die wir uns bemühen . . . nach unserer personalen Würde zu leben, haben die Schwierigkeit erkannt, die unsere ungenügende Bildung, der ungenügende Lohn und der Mangel an bestimmten sozialen Diensten für eine solche Aufgabe bilden. Wir haben oft zu hören bekommen, daß wir die ‚Hoffnung von morgen‘ sind. Deshalb wollen wir im Bewußtsein unserer Verantwortung die ganze Arbeiterschaft, alle Behörden, Institutionen und allgemein die öffentliche Meinung auf die wirkliche Situation der Arbeiterjugend aufmerksam machen, die zweifellos sowohl für die Gegenwart wie für die Zukunft Spaniens alarmierend ist. Wir fordern deshalb ganz allgemein von der Gesellschaft die dringend nötigen Mittel, um mit diesen Problemen fertig zu werden. Die Arbeiterjugend aber fordern wir auf, sich dessen bewußt zu werden, daß unsere wirkliche Hebung in unserer eigenen Aktion und in unseren gemeinsamen Anstrengungen liegt.“

„Wir sehen“, heißt es dann zur Bestandsaufnahme: „die wirtschaftliche Notlage vieler Familien, die ihre Kinder schon vor dem 14. Lebensjahr zur Arbeit heranziehen müssen; Analphabetentum und ungenügende Volksschulbildung machen die menschliche und christliche Hebung der Arbeiterjugend sehr schwer und verhindern in der Tat eine solide Berufsausbildung und die Möglichkeit des jungen Arbeiters, sich die Respektierung seiner Menschenwürde zu verschaffen; das Fehlen eines ausreichenden Lohnes, um die gegenwärtigen Lebenshaltungskosten zu decken; das macht sehr häufig eine ausreichende Ernährung, eine entsprechende kulturelle Bildung und die nötigen Ersparnisse für einen künftigen Hausstand unmöglich; einen erschöpfend langen Arbeitstag in den Industriegebieten, der die Freizeit mehr zu Perioden der Flucht und der geistigen Abstumpfung als der erzieherischen Formung und der gesunden Erholung macht; eine große Arbeitslosigkeit vor allem in landwirtschaftlichen Bereichen; systematisch verlängerte Ausnahmeverträge; Überstunden über die gesetzmäßige Zeit hinaus ohne die entsprechende Vergütung, vor allem im Handel; die entscheidenden Folgen sind das Gefühl der Unsicherheit, Furcht vor Stellungsverlust und Katzbuckelei, was das Gefühl für gerechte Ansprüche und Überlegenheit im Keim erstickt;

die ungenügende religiöse, sittliche und staatsbürgerliche Vorbereitung der Arbeiterjugend; das hindert uns, persönliche Maßstäbe und eine eigene Haltung zu unseren Lebensproblemen zu erlangen und einst die Gewähr für die Verantwortungen eines Erwachsenenlebens in der Gesellschaft auf uns zu nehmen.“

„Angesichts dieser Situation“, heißt es weiter, „... weisen wir auf unsere unverletzliche Würde als Personen und Gotteskinder und als Organisation der Kirche in der Arbeiterbewegung hin. Wir fordern:

die schnelle Industrialisierung der durch die Arbeitslosigkeit besonders betroffenen Gebiete, ohne die damit verbundenen menschlich-sozialen Probleme wie Zuwanderung und Zusammenballungen der Bevölkerung außer acht zu lassen;

vom beruflichen Standpunkt aus die größtmögliche Intensivierung in der Durchführung des Gesetzes zur industriellen Fachausbildung durch Schaffung einer größeren Anzahl von Berufsfachschulen für die Lehrlings-, Gesellen- und Meisterprüfung, durch beschleunigte Berufsfachkurse und kulturelle Fortbildungskurse für Arbeiter; die Einhaltung der gesetzlichen Wochenarbeitszeit für Lehrlinge mit 35 Stunden unter Verwendung der übrigen Zeit zur Berufsausbildung in den freien oder innerbetrieblichen Schulen;

die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung in der beruflichen Qualifizierung, in den Löhnen, Überstunden usw.;

die Respektierung des Rechtes auf freien Zusammenschluß unter besonderer Förderung der kulturellen Arbeiterjugendorganisationen.“

3. Internationaler Kongreß für katholische Kirchenmusik Vom 1. bis 8. Juli fand in Paris der 3. Internationale Kirchenmusik-Kongreß statt. Er stand unter dem Leitgedanken „Perspektiven der Kirchenmusik im Lichte der Enzyklika *Musicae sacrae disciplina*“. Der Zeitpunkt des Kongresses war für deutsche Verhältnisse ungünstig gewählt; deshalb war auch die Zahl der Teilnehmer aus Deutschland verhältnismäßig klein. Die Einladung zum Kongreß hatte jedoch vor allem in Frankreich ein großes Echo gefunden; mit mehr als 1200 Teilnehmern, davon wohl ein Viertel Ordensfrauen, war der Rahmen dieses Kongresses weit größer als der seiner Vorgänger in Rom (1950) und Wien (1954).

Jeder Sitzungstag wurde durch eine heilige Messe eröffnet, der Sonntag brachte eine ganze Reihe von Hochämtern in verschiedenen Pariser Kirchen. Das Pontifikalamt des Erzbischofs von Paris, Kardinal Feltrin, in Notre-Dame am Eröffnungstage wurde mit Gregorianischem Gesang gestaltet durch Scholae unter der Leitung von P. Gajard OSB, Solesmes, Dr. Le Guennant, Paris, und unter Mitwirkung von mehr als 500 Schulkindern, die unter der Leitung von Odette Hertz sangen. Am 5. Juli wurde in der Basilika von Sacré Coeur eine Missa lecta mit Volksgesang im Einklang mit dem Meßdirektorium der französischen Bischöfe gehalten. Zum Eingang, nach dem Paternoster und zum Schluß wurden französische Lieder im Wechsel zwischen mehrstimmigem Chor und Volk gesungen, zur Kommunion der Psalm 33 von Joseph Gelineau SJ. Kyrie (eine litaneihafte, altgallikanische Melodie) und Sanctus (das 18. der Editio Vaticana) wurden lateinisch gesungen, ebenso das Gloria, dieses psalmodierend im Wechsel mit dem Zelebranten. Zum Offer-

torium erklang im Wechsel zwischen Vorsängern und Volk eine Litanei aus der Jakobus-Liturgie. In den übrigen Hochämtern wurde das Ordinarium mehrstimmig und das Proprium choraliter gesungen; als Ordinarien erklangen repräsentative Werke aus der Geschichte der französischen Kirchenmusik bis zur Gegenwart: die sogenannte Krönungsmesse für Karl V. von Machaut († 1377), und zwar in der Kathedrale von Reims, Messen von Dufay († 1474), Jannequin († um 1564) und dem Zeitgenossen Litaize. Bei den übrigen Ämtern sangen Chöre aus verschiedenen Ländern Ordinariumskompositionen aus ihrer Vergangenheit und Gegenwart. Die Cappella Carolina aus Aachen sang die Messe „Orbis factor“ von Karlheinz Hoene, der Domchor von Linz eine Mozartmesse, der Chor der Sakramentskirche aus Breda zwei Messen von Toebosch und Jaap Vranken, der Johannes-Damascenus-Chor aus Essen sang zu einer Meßfeier im russisch-byzantinischen Ritus. Besonders zu erwähnen bleibt die Meßfeier am Sonntag in Saint-Séverin: Der Kirchenmusikchor der Wiener Akademie sang die Missa brevis von Anton Heiller im Rahmen einer Missa lecta. Dabei wurde das Staffgelbet lateinisch im Wechsel zwischen Priester und Volk gebetet, den Kanon betete der Priester mit gesenkter, doch deutlicher Stimme.

Kirchenmusik und Liturgie

Die Reihe der Vorträge und Diskussionen wurde mit der Sektion „Prinzipien der Kirchenmusik“ eröffnet. Der Präsident des Kongresses, Bischof E. Blanchet, Rektor des Institut Catholique in Paris (früher Bischof von St. Dié), sprach Begrüßungsworte und verlas einen Brief des Präfekten der Studienkongregation, Kardinal Pizzardo, an den Kongreß: Der Kardinal unterstreicht darin von neuem die Wichtigkeit der musikalischen Ausbildung in den Seminarien. Dem Priester obliege die Ordnung des Kultus, deshalb sei eine gründliche musikalische Vorbildung für ihn unerlässlich. Sie müsse mit dem ersten Semester beginnen und durch fähige Professoren geschehen. Den Kongreß bittet der Kardinal, sein ganz besonderes Augenmerk auf diesen Fragenkomplex zu richten. Er übermittelt zusammen mit seinen Wünschen für eine gezielte Arbeit des Kongresses die Wünsche des Heiligen Vaters, der mit väterlicher Fürsorge die Pflege der Kirchenmusik in den Seminarien als besonderes Anliegen ansehe. Sodann wies der Präsident des Päpstlichen Instituts für Kirchenmusik, Msgr. H. Anglés, mit Ernst auf die großen Gegenwartsaufgaben der Kirchenmusik hin: Vielleicht hat sie niemals so große Aufgaben, wohl niemals mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Es sei unsere Aufgabe, diese Schwierigkeiten aus ganzer Kraft zu überwinden.

Das erste Referat hielt der Erzbischof von Mexiko, M. D. Miranda y Gómez, „Die Kirchenmusik, privilegierte liturgische Kunst“: Wir haben den Vorzug, einer Generation anzugehören, der die liturgische und musikalische Erneuerung aufgegeben ist. In der gegenwärtigen Zeit der Unsicherheit geben uns die päpstlichen Verordnungen und ganz besonders die Enzyklika *Musicae sacrae disciplina* die Richtschnur, sie zwingen uns an die Arbeit. Sodann sprach P. Roguet OP, Direktor des Centre de Pastoral liturgique in Paris, über den seelsorglichen Wert der Kirchenmusik: Es geht dem Heiligen Vater in seiner Enzyklika nicht in erster Linie um die Erhöhung des Glanzes der Liturgie oder die Wiederherstellung der Ver-

gangenheit, sondern um die Seelsorge, um die aktive Beteiligung der Laien. Natürlich ist der Ruhm Gottes die Aufgabe der Liturgie. Aber der Ruhm Gottes ist unsere Heiligung, und schon Thomas von Aquin sagt, daß das Lob Gottes aus unserem Munde nicht um Gottes Willen, sondern um unseretwillen notwendig sei. Die Kirchenmusik ist nicht Hilfsmittel der Liturgie, sondern Teil der Liturgie, wie die Liturgie selbst hat sie seelsorgliche Aufgaben. Sie hat nicht nur künstlerischen oder dekorativen Zweck, sie ist Lob Gottes und soll den Gläubigen helfen, sich zu Gott hinzuwenden. Bei den außerliturgischen religiösen Gesängen — die Enzyklika spricht von ihnen — tritt der seelsorgliche Wert besonders in Erscheinung. In erster Linie hebt die Enzyklika den Gregorianischen Gesang hervor, und zwar besonders seine Universalität und die enge Verbindung seiner Melodie zum liturgischen Text. Aber auch hier geht es um die Seelsorge: Das Wort Gottes ist Nahrung, also ist der Gregorianische Gesang ein nahrhafter Gesang. Die Liturgie ist Sache der „Eingeweihten“, sie ist nicht eigentlich ein Mittel der Mission. Auch das Lied der Liturgie hat nicht die Aufgabe, die Heiden zu bekehren. Die Kirchenmusik muß ein Apostolat sein, nicht in dem Sinne, daß sie die Gläubigen zu Gott hinzieht, sondern dadurch, daß sie Gott in die Gemeinschaft der Gläubigen hineinholt.

Msgr. Fiorenzo Romita von der Konzilienkongregation sprach über „den Geist der kirchlichen Gesetzgebung in Sachen der Kirchenmusik“: In dieser Gesetzgebung zeigt sich die Anwesenheit der Hierarchie in der Kirchenmusik. Die Gesetzgebung ist nicht einfach geschichtlich zu verstehen, vielmehr nimmt sie im Fortschreiten der Zeit zu den jeweils neuen Problemen Stellung. Die bedeutsame Wendung der Enzyklika *Musicae sacrae disciplina* besteht darin, daß sie den Blick auf das Innere des Kirchenmusiklers richtet: Ein Ungläubiger kann nicht rechte Kirchenmusik schaffen. Es gibt eine klare Antithese zwischen kirchlichem und weltlichem Musiker. Der letztere schafft aus weltlichem, instinktivem, vielleicht nicht unbedingt fleischlichem Antrieb; Antrieb der kirchlichen Musik sind das Lob Gottes und der Glaube.

Lebhaften Widerspruch forderte J. Chailley, Professor für Musikwissenschaft an der Sorbonne, mit seinem Referat heraus, in dem er auf die Wirksamkeit verschiedenster Strömungen in der Entwicklung der Kirchenmusik hinwies: Es ist notwendig, das kirchenmusikalische Erbe historisch zu betrachten und zu verstehen. Und so erhebt sich z. B. die Frage, ob nicht etwa die in den christlichen Kathedralen entstandene Kirchenmusik des Hochmittelalters „kirchlicher“ sei als der Gregorianische Gesang, dessen Herkunft doch sehr vielschichtig ist.

Der Primat des Gregorianischen Choralis

In der Sektion „Gregorianischer Gesang“ sprach der Bischof von La Rochelle, Xavier Morilleau, über den seelsorglichen Wert des Gregorianischen Gesangs. P. Gajard OSB, Solesmes, behandelte in einem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag die Frage: „Warum ist der Gregorianische Gesang die vornehmste Gattung der Kirchenmusik?“ Die gregorianischen Melodien sind anonym, sie folgen den Kirchentönen. Der Rhythmus ist frei, spirituell, unmechanisch. Die Einstimmigkeit ist ein Symbol der Einheit. Der Gregorianische Gesang dient ganz dem Worte, er gibt ein Gefühl des Friedens, der Hoheit, der Tiefe, der Freiheit: Hier liegt die Heiligkeit

des Gregorianischen Gesangs. Vielleicht will das Volk weniger kontemplative, vielleicht will es modernere Musik. Aber es gibt nur einen Glauben und eine Taufe; der Gregorianische Gesang ist gleichsam ein Symbol dafür. Er ist unwandelbar, er vermittelt die Ruhe, die Stille, die wir gerade heute brauchen.

Prof. Dr. Smits van Waesberghe SJ, Amsterdam, berichtete in Kürze über den Stand der Erforschung des Gregorianischen Gesangs. Er wies zunächst auf die bedeutsame wissenschaftlich-kritische Ausgabe des Graduale hin, die von der Abtei Solesmes herausgegeben wird und von der soeben die erste Lieferung (das Verzeichnis der benutzten Quellen) erschienen ist. In der Frage nach der Herkunft des Gregorianischen Gesanges geht die Diskussion heute um den fränkischen oder römischen Ursprung unserer Gregorianischen Melodienüberlieferung und um das Verhältnis zwischen Gregorianischem Gesang und byzantinischer Musik. Zur Notenschrift und zur Aufführung des Gregorianischen Gesangs sind in letzter Zeit interessante Teilergebnisse gefunden worden. Es werden weiterhin viele kleine Fragen zu lösen sein, ehe man an die großen Probleme herangehen kann. In der Erforschung der Sequenzen, Tropen usw. ist die Musikwissenschaft gegenüber der Philologie immer noch weit zurück. Über den Stand der Erforschung des Ambrosianischen Gesanges sprach Msgr. Luigi Moneta-Caglio, Mailand.

In der dem Gesang der Ostriten gewidmeten Sektion kamen vor allem Probleme des byzantinisch-griechischen Kirchengesangs zur Sprache (Prof. Dr. Wellesz, Oxford, und P. di Salvo, Grottaferrata). In der Orgelsektion kam es zu der nunmehr schon gewohnten scharfen Diskussion um die elektrophonischen Instrumente, und Maestro Tagliavini, Bologna, gab einen historischen Überblick über die Rolle des Organisten in der Liturgie. Die Sektion „Mehrstimmige Kirchenmusik“ beschäftigte sich mit der Quellenlage bei alter Kirchenmusik (Prof. Lesure, Paris) und mit der zeitgenössischen Messenkomposition (Prof. Dr. Wolf, Leipzig, und P. Prieto SJ, Madrid).

Der religiöse Volks Gesang

Das Hauptreferat der Sektion „Religiöser Volks Gesang“ hielt Dr. Agustoni, Mailand: Das Volk hat ein Recht, Gott im Lied zu loben und anzurufen, die Freude am gemeinsamen Singen zu verspüren; es hat das Recht, durch das Lied und mit dem Lied am Kult teilzunehmen, und es hat die Pflicht dazu. Nichts kann mehr als das Lied die Gemeinde bilden und zusammenhalten. Das ist besonders in der Liturgischen Bewegung deutlich geworden, und die Enzyklika *Musicae sacrae disciplina* hat das unterstrichen. Deshalb ruft sie dazu auf, das Volkslied im Gottesdienst zu pflegen. Es kommt darauf an, das richtig zu verstehen, was die Enzyklika positiv zum Volkslied sagt, und es zu tun. Im Gregorianischen Gesang ist nicht alles für das Volk bestimmt. Die einfachen gregorianischen Melodien sollten viel mehr gesungen werden, es sollten andere Melodien aus dem Schatz der Überlieferung verbreitet und neue komponiert werden. In der Kritik an neuen Melodien sollte man vorsichtiger sein. Die Kirche hat immer große Freiheit in stilistischen Fragen gelassen. Auch das Volkslied in der Kirche kennt verschiedene stilistische Formen; da gibt es die Gregorianik, es gibt taktgebundene Lieder und viele verschiedene Stile. Freilich gilt es, dem Dilettantismus zu begegnen. Eine wichtige Forderung der päpstlichen Verlautbarungen zur Kirchen-

musik ist die nach der „Güte der Form“: Die Masse muß zur Kunst heraufgehoben werden; die Kirchenmusik darf nicht auf den Geschmack der Masse heruntersteigen.

Der Gregorianische Gesang selbst muß unberührt bleiben, mit diesen Melodien soll nicht experimentiert werden. Im Hochamt muß lateinisch gesungen werden mit Ausnahme der in *Musicae sacrae disciplina* genannten Sonderregelungen — zu diesem Punkt verwies der Redner auf das Referat des Bischofs von Mainz auf dem Liturgischen Kongreß in Assisi 1956 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 142). Im landessprachlichen Volksgesang, in dem Deutschland die älteste Tradition besitzt, hat Frankreich in den letzten Jahren Ermutigendes hervorgebracht. Man kann heute in Frankreich beobachten, daß ein Kind beim Spielen plötzlich aus einem Gefühl der Freude heraus einen Psalm zu singen anfängt, daß junge Menschen auf der Straße unvermittelt einen Psalm vor sich hin singen; das erinnert an die Volkstümlichkeit der Psalmen im frühen Christentum. Anderswo ist noch wenig zur Pflege des geistlichen Gesanges in der Muttersprache getan worden.

Es geht der Enzyklika darum, daß Gregorianischer Gesang und Polyphonie erhalten bleiben. Aber das Volk muß den ihm zukommenden Platz in der Liturgie haben. Bekanntlich wendet sich die Enzyklika an die Bischöfe, sie möchten die Herausgabe von geistlichen Liedersammlungen in der Volkssprache fördern. Gerade das kirchliche Volkslied ist heute die große Aufgabe der Kirchenmusiker.

Im Anschluß an das Referat ergriff Msgr. Anglés das Wort. Er drückte seine Befriedigung darüber aus, daß der Referent die Verpflichtung zur lateinischen Sprache für die feierliche Messe als Grundprinzip betont habe, und wies darauf hin, daß das *Kyriale romanum* herrliche Volksgesänge enthalte.

Sodann sprach Joseph Gelineau SJ über die Bedeutung des kirchlichen Volksgesanges für die Katechese, Abbé Kaelin, Genf, beschäftigte sich mit der musikalischen Qualität des Volksgesanges, Dr. Lueger, Köln, berichtete über die Volksgesänge beim Katholikentag in Köln 1956.

Spirituals und afrikanische Musik

Zu Beginn der Sektion über „Die Kirchenmusik in den Missionen“ wurde eine Adresse von Kardinal *Costantini* verlesen: Der Missionar ist nach den Worten unseres Heiligen Vaters Apostel Jesu Christi, nicht Apostel der westlichen Zivilisation. Der Kardinal wies auf seine eigenen Erfahrungen als Nuntius in China hin. Es ist abwegig, die abendländische Musik in die Missionen zu bringen. Vielmehr handelt es sich darum, die Musik der Missionsländer, die zum Teil eine ältere Tradition haben als die abendländische Musik, zu christianisieren.

Prof. *Achille*, Martinique, berichtete über die Negro-Spirituals. Es sind heute etwa 400 Negro-Spirituals bekannt. Sie handeln von der Geschichte des Volkes Gottes im Alten und Neuen Testament, vom geistlichen Leben und der Gewißheit der Erlösung in Jesus Christus, von der Gemeinschaft der Lebenden und der Toten und haben häufig einen mystischen Charakter. Alle diese Lieder sind anonym, sie gehen auf das protestantisch-pietistische Lied des 17./18. Jh. zurück und wurden durch „proletarische“ Apostel geschaffen. Ihre Entstehung wurde begünstigt durch das Sklavenmilieu.

Die Negro-Spirituals finden sich vor allem in den protestantischen Kirchen, im Bereich der katholischen Kirche fehlen sie fast gänzlich. Das hat verschiedene Ursachen: den lateinischen Ritus, die Universalität des Gregorianischen Gesanges, das Lehramt des Priesters und in diesem Falle des Missionars; sodann kam es in der katholischen Negermission nicht zur Annahme einer einzigen Sprache wie in den protestantischen Sklavenmissionen in Amerika.

Daraus ergeben sich gerade für die katholische Mission in Afrika wesentliche Schlußfolgerungen. Der Redner warnte eindringlich vor jedem Dirigismus: Es ist notwendig, die Dinge wachsen zu lassen. Die Aufgaben gegenüber Afrika sind schwerer, als man im allgemeinen annimmt. Es ist nicht damit getan, den einheimischen Klerus und einheimische Bräuche zu fördern und sich für sie zu begeistern. Der Missionar muß seine Herkunft verleugnen, er muß Afrika verstehen lernen, und das kann er nicht studierend und nicht akademisch, ja er muß eigentlich mit den Negern Tanzen und Singen lernen.

Noch eindringlicher wurden die Probleme in einem Bericht, der auf den Resultaten einer durch das vorbereitende Komitee des Kongresses in Afrika veranstalteten Umfrage beruhte. Die afrikanische Musik darf nicht als animalisch und sexuell bedingt abgetan werden, dann wäre sie allerdings nicht christianisierungsfähig. Aber diese Vorstellung beruht auf einem völlig falschen Verständnis Afrikas. Für den Afrikaner ist Gott vor allem die Fülle des Lebens, von daher sind Tanz, Rhythmus, afrikanische Musik zu verstehen: Der Mensch als Ganzes tritt in Aktion und steht im Gespräch mit Gott. Das Musikverständnis des Afrikaners ist ein ganz anderes als das des Abendländers. Die afrikanische Musik ist Rhythmus, bevor sie Melodie ist, und Sprache, bevor sie Musik ist. Die Melodie steht im Dienste des Wortes und bleibt Wort, selbst wenn das Wort fehlt. Tanz und Tam-Tam und Xylophonweisen bedeuten etwas ganz Konkretes, sie sind kein Lied ohne Worte, vermitteln nicht Stimmung. Und dann gibt es andere Probleme, so etwa das des Chors, der eine durchaus „weltliche“ und unkultische Einrichtung ist. Aber alle diese und andere Probleme dürfen nicht hindern, daß der Afrikaner Gott auf seine Weise und mit seinem Lied loben kann. P. Rozing SVD, Steyl, gab einen aufschlußreichen Bericht über Versuche zu einer eigenständigen geistlichen Musik in Indonesien, und P. Paroissin, Paris, berichtete über den Stand der Kirchenmusik in Indien und dem Fernen Osten.

Musikpädagogische Fragen

Eine weitere Sektion des Kongresses befaßte sich mit Problemen der Organisation und des kirchenmusikalischen Unterrichts. Ilario *Alcini*, Titularerzbischof von Nicäa und Präsident der italienischen *Associazione di Santa Cecilia*, sprach über den kirchenmusikalischen Unterricht in den Seminaren: Zwar ist in den letzten Jahren hier und da eine Besserung der Verhältnisse eingetreten, doch ist der gegenwärtige Stand der Dinge noch nicht sehr ermutigend. Nunmehr hat die Studienkongregation eine Ordnung für den Musikunterricht in den Seminarien aufgestellt, die mit Beginn des nächsten Studienjahres für sämtliche Seminarien der katholischen Welt obligatorisch werden wird. Prof. *Overath*, Köln-Bensberg, der Generalpräses des Allgemeinen Cäcilien-Verbandes für die Länder der deutschen Sprache, schilderte Geschichte und

Aufbau des Verbandes und unterstrich seine Bedeutung als Prototyp einer kirchenmusikalischen Organisation. Er wies darauf hin, daß die kirchenmusikalischen Verbände nicht auf den liturgischen Raum und schon gar nicht auf pädagogische Bestrebungen eingeengt werden dürfen, sie müssen auch die geistliche, die religiöse Musik einschließen und aus dem kirchenmusikalischen Raum hinausstrahlen. Bei ihrer Arbeit geht es weniger um Stile, sondern um eine neue Verlebendigung; die Frage nach der Kirchenmusik ist die Frage nach der Lebendigkeit der Kirche. Prof. J. P. Schmit, Luxemburg, betonte die Wichtigkeit des Diözesanbeauftragten für die Kirchenmusik, Abbé Roussel, Versailles, sprach über die Bedeutung der Kathedralchöre als Vorbilder in der Diözese. Fr. Odette Hertz unterstrich die Bedeutung des Gregorianischen Chorals für den Musikunterricht in der Volksschule, Kanonikus Vyverman, Mecheln, sprach über Studienordnungen der Kirchenmusikschulen und B. Brodkernd, Hilversum, über den Rundfunk und seine Bedeutung für die Erziehung zu einer besseren Kirchenmusik.

Schlußsitzung und Empfehlungen des Kongresses

In der feierlichen Schlußsitzung des Kongresses sprach zunächst der Präsident des Exekutivkomitees des 2. Internationalen Kirchenmusikerkongresses 1954 in Wien, Prof. Dr. Ludwig Kosch. Er sieht die Enzyklika *Musicae sacrae disciplina* im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Kongresses in Wien und hob drei Punkte in der Enzyklika hervor: einmal die Anerkennung wichtiger Ergebnisse der volksliturgischen Bewegung. Es wird der Kirche gelingen, einen Ausgleich zwischen den berechtigten Forderungen der Seelsorge und der Sicherung der Tradition zu finden. In der Verteidigung der lateinischen Sprache aber werden die Kirchenmusiker allezeit in vorderster Linie stehen. Sodann ist die Teilnahme der Frau am liturgischen Chor nunmehr anerkannt. Zur Frage der Knabenchöre wies er darauf hin, daß die reisenden Knabenchöre ja wohl nicht als ein liturgisches Ideal betrachtet werden könnten. Endlich brachte er den Dank Österreichs zum Ausdruck, daß die Diskriminierung der Kirchenmusik Haydns, Mozarts, Beethovens und Schuberts nunmehr ein Ende gefunden habe. Er ist überzeugt, daß diese herrliche Musik auch in der Kirche noch eine große Zukunftsaufgabe hat. Er sprach sich sodann für eine internationale Organisation der katholischen Kirchenmusik aus. Von Vertretern der Diözesen sollten nationale Komitees gebildet werden, deren Vertreter sich wiederum in einem internationalen Komitee zusammenfinden sollten. Vereine, die sich zum Teil über die Landesgrenzen erstrecken, können zwar wertvolle Arbeit leisten, sie können aber nicht eine tragende und bestimmende Funktion haben.

Anschließend sprach Msgr. Fernand Maillet, Präsident der Pueri Cantores, über die Bedeutung dieser internationalen Organisation. Sie umfaßt nunmehr 72 Länder und hat vielbeachtete Veranstaltungen gehabt. Er berichtete über die Arbeit mit den Petits Chanteurs à la Croix de Bois in Paris, die nun schon zum dritten Male in fünf Jahren nach Chicago eingeladen wurden, um dort zu singen und für die Pueri cantores zu werben. Msgr. Anglés nahm sodann zu der Frage einer internationalen Organisation der katholischen Kirchenmusik Stellung. Er wies auf die Notwendigkeit einer solchen Organisation hin, auf die zahlreichen Aufgaben, die ihrer harren, und legte den Plan einer solchen Organisation vor. Es wurde be-

schlossen, daß im Herbst eine Studientagung stattfinden soll, auf der Vertreter der einzelnen Länder bzw. der bestehenden Organisationen beraten, was zu tun sei.

Sodann verlas der Leiter des Exekutiv Ausschusses des Kongresses, Abbé Prim, die Vota des Kongresses: Es sollte die Sorge jedes Pfarrers sein, die Kirchenmusik zu fördern. Die Vorrangstellung der feierlichen Liturgie muß überall anerkannt, beibehalten und gefördert werden. Die Kirchenmusik muß den ihr zukommenden Platz und die ihr zukommende Zeit in den liturgischen Funktionen haben. Die Komponisten sollen sich um eine künstlerische Ausbildung bemühen und nicht nur dem Zeitgeschmack nachgehen. Der Gregorianische Gesang soll seine Vorrangstellung behalten, ohne daß jedoch die mehrstimmige Musik zurückgedrängt wird. Es sollen besonders die mehrstimmigen Werke des 16. und der vorhergehenden Jahrhunderte studiert werden. In den Seminarien der orientalischen Riten soll die Kirchenmusik dieser Riten studiert werden. Die traditionellen Gesänge der orientalischen Riten sollen gesammelt werden. Die Gesänge der orientalischen Riten sollen nicht in eine ungemäße Mehrstimmigkeit gezwungen werden. Den Elektrophonen soll nicht die Rolle der Orgel zugeschrieben werden, die Orgel soll ihre Vorrangstellung behalten — bei diesem Votum erhob sich nochmals eine lebhaftige Diskussion. Dem Volksgesang soll besondere Sorge gewidmet werden. Diese Sorge soll sich auf die Beteiligung des Volkes am Gregorianischen Gesang in der feierlichen Messe, auf die Beteiligung an der Liturgie in der Volkssprache in nichtfeierlichen Messen, auf Volkslieder bei nichtliturgischen Gottesdiensten und auf die Förderung des geistlichen Volksesanges außerhalb der kirchlichen Zeremonien erstrecken. In den Missionen soll der Gregorianische Gesang verbreitet werden, aber keine fremdartigen Melodien, vielmehr soll das bodenständige geistliche Lied gepflegt werden. Es sollen Diözesanbeauftragte für Kirchenmusik ernannt und höhere Kirchenmusikschulen geschaffen werden. Jedes Seminar soll einen geprüften Lehrer für Kirchenmusik haben, der Studiengang in der Kirchenmusik soll mit einem Examen abschließen. Der Kirchenmusikunterricht in den Volks- und höheren Schulen soll gefördert werden. Die Chorleiter sollen in ihrer Seelsorge die Unterstützung der kirchlichen Stellen finden. Wo noch keine kirchenmusikalischen Nationalverbände bestehen, sollen sie aufgebaut werden und von den Diözesen ausgehen. Die Herausgabe liturgischer Bücher soll gefördert werden.

Als Ort für den nächsten Kongreß schlug Msgr. Anglés unter großem Beifall Köln vor. Ein Vertreter der Komponisten forderte eine bessere Berücksichtigung der Komponisten und ihrer Probleme beim nächsten Kirchenmusikerkongreß. Zum Schluß wurden noch zwei internationale Vorhaben publiziert: Helmut Hucke, Freiburg, berichtete über die Vorarbeiten zu einem Internationalen Lexikon der katholischen Kirchenmusik, das der Verlag Herder plant, Abbé De Nys, Épinal, über den Plan einer Anthologie der katholischen Kirchenmusik auf Schallplatten, die von der Firma „Lumen“ zusammen mit anderen Firmen herausgebracht werden soll.

Kirchenmusikalische Konzerte

Die zahlreichen Konzerte des Kongresses gaben vor allem einen imposanten Querschnitt durch die Geschichte der

Kirchenmusik in Frankreich. Zu Beginn der feierlichen Eröffnung des Kongresses in Notre-Dame durch Kardinal Feltin ertönte das Organum „Viderunt omnes“ von Perotinus Magnus, der Ende des 12. Jahrhunderts an Notre-Dame wirkte, zum ersten Male seit dem Mittelalter wieder in der Kirche, für die es geschaffen wurde. Die Eröffnung klang aus mit zeitgenössischen Werken von Olivier Messiaen, Nicolas Kedroff, Igor Strawinsky, Jacques Mauduit, Jacques Chailley und Charles Tournemire. Ein Konzert in der Schloßkapelle in Versailles brachte Kirchenmusik aus dem Jahrhundert Ludwigs XIV., wovon besonders das „Dies irae“ von Jean Baptiste Lully zu Beginn und zwei Psalmen von Michel Richard Delalande als Zeugnisse einer hierzulande fast unbekanntem Blüte katholischer Kirchenmusik hervorzuheben sind; die Franzosen betrachten das Zeitalter Ludwigs XIV. bekanntlich als ihre musikalische Klassik. Ein Konzert in der Basilika Saint-Clotilde brachte neben alter französischer Musik Orgelwerke des Zeitgenossen Jean Langlais, ein Konzert in Saint-François-Xavier brachte alte und neue Orgelmusik aus Frankreich, Italien, den USA und Deutschland, ein Konzert in Saint-Eustache neben Orgelwerken des Zeitgenossen Jehan Alain und Chorwerken von Mozart, Josquin des Préz und Benno Amann, ein „Libera me“ für Singstimme, Tam-Tam und Becken von R. P. Martin. Dazu kamen drei internationale Konzerte mit Chören aus verschiedenen Ländern im Palais Chaillot und in einem letzten Konzert zeitgenössische französische Musik: ein Requiem von Maurice Durufle, ein „Te Deum“ von Henry Barraud und einen Psalm von Florent Schmitt. Der stärkste Eindruck der Konzerte war die Lebendigkeit, der künstlerische Rang und die Zahl der großen Begabungen in der zeitgenössischen Kirchenmusik und religiösen Musik Frankreichs.

Aus der Reihe der Empfänge ist der Empfang durch Außenminister Pineau im Quai d'Orsay hervorzuheben, bei dem den Teilnehmern die von der Académie du Disque Français herausgegebene Diskographie der religiösen Musik überreicht wurde.

Aus der totalitären Welt

Gewaltherrschaft in Ungarn Wie die Herder-Korrespondenz schon im März 1957 berichtete (vgl. ds. Jhg., S. 260), hat die ungarische Regierung Kadar die Zugeständnisse, die sie dem Volk im Anfang machen mußte, Zug um Zug zurückgenommen und die Zustände der früheren Zeit wiederhergestellt. Der „Osservatore Romano“ hat erst kürzlich (6.7.57) festgestellt, daß das auch für das Verhältnis zur Kirche gilt. Die amerikanische Zeitschrift „Time“ hatte gemeldet, die ungarischen Bischöfe seien „mit Billigung, wenn auch ohne unmittelbare Beteiligung des Vatikans“ in Verhandlungen mit der Regierung eingetreten. Sie hätten ihr dabei Zugeständnisse in bezug auf das „Nationale Komitee der Friedenspriester“ gemacht. Die Regierung dagegen hätte der Kirche eine wohlwollende Behandlung, vor allem in der Frage des Religionsunterrichtes versprochen. Wie es scheint, hat das amerikanische Blatt seine Vermutung darauf gegründet, daß die Konzilskongregation den Apostolischen Administrator von Esztergom, Bischof Endrey, ermächtigt hat, den im Januar exkommunizierten Zisterziensermönch

Horvath, der in diesem Komitee eine führende Rolle spielte, zu absolvieren. Die kommunistische Presse hatte diese Exkommunikation damals als das Werk von Mindszenty bezeichnet und sie zu einer Hetze gegen den Kardinal benutzt. So ist der Anschein entstanden, als habe die römische Kongregation nun den Kardinal desavouiert.

Davon kann, wie der „Osservatore Romano“ zum Ausdruck bringt, keine Rede sein, und noch viel weniger von loyalen Verhandlungen zwischen dem Staat und der Kirche. Wenn die Meldungen zutreffen, daß das „Nationale Komitee der Friedenspriester“ in einen „Katholischen Ausschuß des ungarischen Friedensrates“ unter Führung der Bischöfe Groesz (Kalocsa), Hamvas (Csanad), Kovacs (Steinamanger), Pap (Raab) und Endrey (Esztergom) umgewandelt worden ist und ein katholisches „Opus Pacis“ zur Zusammenarbeit mit der kommunistischen Friedensbewegung ins Leben gerufen wurde, dann darf man das, wie der „Osservatore Romano“ sagt, nicht als eine „Konzession“ der Kirche deuten, sondern es handelt sich dann um eine Maßnahme, deren Initiative dunkel ist und die jedenfalls unter schwerem Druck erfolgte.

Als Horvath und seine Gesinnungsgenossen sich den kirchlichen Weisungen unterwarfen und ihre Tätigkeit im Friedenskomitee aufgaben, habe die Regierung erzwungen, daß die katholische Kirche ebenso wie schon vorher die reformierte und die lutherische von sich aus ein Organ schuf, das den Anschein einer Zusammenarbeit zwischen ihr und der kommunistischen Friedensbewegung erwecken soll.

Die Regierung Kadar habe also die Kirche in den Dienst ihrer Politik gezwungen und, was das kirchliche Leben betrifft, alles getan, um die Einschränkungen der vergangenen zehn Jahre wiederherzustellen. Die kirchliche Freiheit ist beschränkt auf eine kontrollierte und staatlich geregelte Ausübung des Kultus und sehr erschwerte Erteilung des Religionsunterrichtes. Dagegen wird versucht, jeden Einfluß der Kirche auf das öffentliche Leben zu verhindern und ihre äußere Organisation dem Willen des Staates gefügig zu machen.

Das Drama der Kirche in Ungarn, so schreibt die römische Zeitung, hat sich nicht aufgehellt; im Gegenteil, es gibt manche Anzeichen dafür, daß es noch tragischer wird.

„Die Hypothese einer Koexistenz ist also unreal und ebenso auch die Hypothese von Vereinbarungen, die mit einer wenn auch nur indirekten Zustimmung des Vatikans abgeschlossen worden wären. In Ungarn dauert die Unterdrückung der Katholiken an und verschärft sich. Das ist leider — alles. Wer das Gegenteil behauptet oder einen dahingehenden Eindruck erweckt, der unterstützt, ob bewußt oder unbewußt, das traurige Spiel eines tyrannischen Regimes, das gegen die Gerechtigkeit dem Gewissen eines edlen Volkes aufgezwungen ist.“

Da Ungarn jetzt wieder ebenso wie früher durch einen Minengürtel und erst recht durch eine geistige Trennungswand abgeschlossen ist, sind alle Meldungen über die Kirche und das kirchliche Leben, die von dort zu uns gelangen, staatlich kontrolliert und geben uns keine Möglichkeit, ein Bild von den wirklichen Zuständen zu gewinnen, wie der „Osservatore“ das an dem obigen Beispiel gezeigt hat. Auch der Inhalt der katholischen Publikationen, von denen einige nach Budapest Meldungen wieder erscheinen dürfen, bietet keine Möglichkeit zu gewissenhafter Information.

Die Wahrheit über Ungarn ist enthalten in dem Bericht, den die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen anfangs Juni 1957 erstattet hat. (Wir kommen auf ihn noch zurück.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ (30. 6. 57) schrieb zu diesem Bericht unter der Überschrift „Menetekel“: „So richtig es auch für den Westen sein mag, in der sehr komplexen Abrüstungsfrage zu konstruktiven Lösungen zu gelangen, so sehr ist der Ungarnbericht der Fünfer-Kommission geeignet, vor leichtfertigen Neigungen zu bequemen Kompromissen mit der in ihrem Wesen teuflischen Macht der Sowjets zu warnen. Der Bericht hält die Erinnerung an die Akte der Vergewaltigung eines tapferen Volkes jenseits des Eisernen Vorhangs wach.“ Die Kommission der Vereinten Nationen war mit großer Sorgfalt zusammengesetzt. Sie bestand aus persönlich hochangesehenen Diplomaten der Länder Dänemark, Australien, Ceylon, Tunesien und Uruguay. Diese Kommission hat die Vorgänge in Ungarn äußerst gewissenhaft untersucht und auf vierhundert Seiten dargestellt. Der Bericht ergibt:

1. Es war die sowjetische Intervention, die mit Gewalt die legale und vom Volk gewollte ungarische Regierung gestürzt hat.

2. Der Aufstand ging vom ganzen Volk aus. Er entstand in Ungarn und ohne Anstoß von außen. Er trug auch nicht den Charakter einer Gegenrevolution.

3. Die Regierung Kadar wird von den Sowjets gehalten. Sie genöß weder, noch genießt sie die Unterstützung, geschweige denn die innere Zustimmung des ungarischen Volkes.

Der Bericht wird bestätigt durch die vielen Meldungen über Todesurteile und die Wiedererrichtung von Konzentrationslagern in Ungarn. Sein erschütternder Inhalt veranlaßte einen der Delegierten der UN zu der Bemerkung: „Das kann sich jeden Tag wiederholen.“

Aus Amerika

Kirche und Umsturz in Kolumbien Bei dem Sturz des Präsidenten von Kolumbien, General Gustavo Rojas Pinilla, am 10. Mai hat die Hierarchie der Kirche, insbesondere Kardinal Luque von Bogotá, eine bedeutende Rolle gespielt. Rojas Pinilla hat in den letzten zwei Jahren versucht, seine Präsidentschaft in eine faschistische Diktatur nach dem Muster der Perónschen Diktatur in Argentinien umzuwandeln. Dabei ist ihm Kardinal Luque immer wieder in den Weg getreten und hat ihn gehindert, zunächst eine faschistische Partei (mit dem Namen „Dritte Kraft“ — neben den traditionellen kolumbianischen Parteien der Konservativen und der Liberalen, und bestimmt, diese abzulösen), und dann eine faschistische Einheitsgewerkschaft nach argentinischem Muster zu gründen. Als Rojas Pinilla im September vorigen Jahres versuchte, Parlament und Armee auf seinen eigenen Namen zu vereidigen, hat der Kardinal einen solchen Eid öffentlich als ungültig erklärt. Seitdem wuchs die Spannung zwischen dem Regime und der Kirche in Kolumbien. Als General Rojas schließlich im Mai dieses Jahres seine Präsidentschaft durch eine illegale Wiederwahl erneuern lassen wollte, erhoben sich heftige Widerstände in dem schon seit so langer Zeit vom Bürgerkrieg zerrissenen Land. Die kolumbianische Verfassung läßt eine Wiederwahl des abtretenden Präsidenten nicht zu; Rojas Pinilla wollte sie

jedoch mit Hilfe des von ihm ernannten (nicht gewählten) Parlaments trotzdem durchsetzen. Vor allem die Studenten der Hauptstadt protestierten dagegen mit Streiks und Umzügen. Das Regime schickte Polizei gegen sie, und mehrere Studenten wurden getötet. Damit begannen Schießereien, bei denen Kirchen geschändet, Gottesdienste durch Tränengas unterbrochen wurden und schätzungsweise über hundert Personen umkamen. Kardinal Luque veröffentlichte daraufhin in der Kirchenzeitung der Erzdiözese Bogotá, „El Catolicismo“, eine Erklärung, in der er der Regierung Mord und Sakrileg vorwarf. Gleichzeitig erließ der Bischof von Cali, Julio Caicedo, eine Erklärung, wonach alle Personen, die am Tod eines Mitbürgers in seiner Diözese schuld seien, exkommuniziert seien.

Die diktatorische Haltung des Präsidenten hatte schließlich alle anderen politischen Gruppen des Landes gegen ihn vereinigt. Die Militärjunta, die ihn dann zur Abdankung zwang, hatte sich vorher mit dem Kardinal in Verbindung gesetzt, der seinerseits den Präsidenten aufforderte, zurückzutreten. Rojas Pinilla hat sich immer als katholisch bezeichnet, er ist auch immer wieder vor den Mahnungen des Kardinals zurückgewichen und hat der Kirche Konzessionen gemacht und zum Beispiel Anfang dieses Jahres die Pressezensur gelockert. Der Kardinal hat aber durch sein Diözesanblatt „El Catolicismo“ stets dagegen protestiert, daß sich die Regierung Rojas Pinilla hinter dem Etikett Katholisch verberge. Es ist ihm auch gelungen, sich von einer Verwicklung in die Politik Rojas Pinillas frei zuhalten, so daß die Kirche nach dessen Sturz jetzt als Verteidigerin der Rechte des Volkes und der Ordnung allgemein anerkannt zu werden scheint, auch auf seiten der sonst stets antiklerikalen Liberalen, zumal die Militärjunta erklärte, alle ihre Mitglieder seien Katholiken, sie würden der Kirche die größte Hochachtung entgegenbringen und vor allem in der Sozialpolitik mit der Kirche und den wohltätigen Institutionen zusammenarbeiten.

Die Lage des Landes als Ganzes bleibt ungeklärt. Für den 7. August 1958 hat die Militärjunta unter der Führung des Kriegsministers Gabriel Paris reguläre Wahlen angekündigt. Bis dahin wird wohl ein provisorisches Regime bestehenbleiben. Ob damit aber schon ein Ende des nunmehr in manchen Gegenden des Landes seit über acht Jahren andauernden mörderischen Bürgerkriegs erreicht ist, ist eine andere Frage. Ursprünglich aus einem Zusammenprall der konservativen und der liberalen Partei in Kolumbien entstanden, hat dieser Bürgerkrieg bald Guerillaformen angenommen, in denen es überhaupt nicht mehr um politische Ziele ging. Allein im Laufe des letzten Jahres soll der Bürgerkrieg wiederum über 4000 Todesopfer gefordert haben. Im ganzen schätzen kolumbianische Behörden selber (nach „Informations Catholiques Internationales“ Nr. 42, 15. 2. 57) die Zahl der Opfer auf rund 100 000. Große materielle Schäden begleiten die Opfer an Menschenleben. So schätzt man die Verluste des letzten Jahres: Vernichtung der Ernten, des Viehs und des sonstigen Besitzes, auf ungefähr 46 Millionen Dollar. Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß auch die berüchtigten „Protestantenverfolgungen“ in Kolumbien in den Zusammenhang dieses allgemeinen Blutvergießens gehören (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 497 f., und 11. Jhg., S. 231 ff.).

Im Augenblick kann man keinerlei Vorhersagen machen. Kardinal Luque selber richtete an die Gläubigen kurz

nach dem Sturz Rojas Pinillas eine Rundfunkansprache, in der er sie daran erinnerte, daß es „weder vernünftig noch möglich ist, zu hoffen, ein plötzlicher Regierungswechsel könne . . . in eine perfekte Neuorganisation einmünden. Es braucht Zeit, die dringendsten Probleme zu überdenken und die beste Lösung für sie zu suchen.“ Demgegenüber müsse das Volk Ruhe und Frieden bewahren. Das gegenwärtige provisorische Regime besteht aus einem Kabinett von 13 Männern, fünf Konservativen, fünf Liberalen und drei Militärs. Als Kandidat für die Präsidentschaft gilt der sowohl von den Konservativen wie von den Liberalen getragene konservative Dr. Valencia.

Aus den Missionen

Die Studenten der Universitätskollegien in Indien. Missionsgebetsmeinung für September 1957

Peter Fallon SJ, der in Kalkutta als akademischer Lehrer und Seelsorger unter der studentischen Jugend arbeitet, schrieb in der Zeitschrift „Die Katholischen Missionen“ (Heft 6, 1956) einen Aufsatz: „Krise der studentischen Jugend Indiens“, der mit der Feststellung schloß: „Die religiöse Krise ist ernst. Die Versuchung des gottlosen Kommunismus und Materialismus ist groß. Viele sind ihr schon erlegen. Dennoch sind die indischen Studenten ein fruchtbarer Boden für das Wirken der Gnade. Ich glaube, daß ich wenigstens hier in Kalkutta deutliche Zeichen für das Gnadenwirken Gottes beobachten kann. Manche unserer Akademiker und Studenten haben heute eine klarere Sicht in das wahre Wesen des Kommunismus als in den ersten Nachkriegsjahren. Schon werden die ersten Anzeichen eines organisierten, geistig begründeten Widerstandes gegen die Ausbreitung des Materialismus sichtbar. Wenn die Elite Gott und Glauben wiederentdeckt, wird sie der Masse die geistige und aufbauende Führung geben, die sie von ihr erwartet.“

Die Gründe für die geistige Krise der Studenten liegen auf der Hand. Schon vor einigen Jahren (1953) hatte der Innenminister des indischen Staates Uttar Pradesh, Mr. Sampurnanand, in einer Rede zu Madras beklagt, daß die Intellektuellen seit der Unabhängigkeitserklärung Indiens geistig führungslos geworden seien. Man habe sich nicht bemüht, das Beste des nationalen Erbes Indiens mit den echten Werten der neuen Zeit zu einer Einheit zu verbinden. Nur so aber könne die Seele Indiens die Möglichkeit finden, bei fester Verankerung in ihrer geistig-religiösen Grundhaltung sich in den neuen Gegebenheiten auszudrücken und zu entwickeln. Die Universitäten schienen hier ihre Pflicht gegenüber der Gesellschaft zu übersehen. Wörtlich fuhr der Minister fort: „Der junge Intellektuelle, den wir herangebildet haben, hat gerade genug gelernt, um die Vergangenheit zu verachten. Für ihn ist die Religion eine sinnlose Sache und das geistige Leben der alten Zeiten eine Summe von Aberglauben und ausbeuterischem Klerikalismus. Will aber der Geist Nahrung finden, so kann er sich nicht mit Mißtrauen und Verachtung begnügen. Wir haben ihm nichts gegeben, um die Leere auszufüllen, die in ihm geschaffen wurde. Das ist das Übel, unter dem wir leiden. Der junge Gebildete kann auch nicht viel Licht aus dem Ausland erwarten, weil der Okzident sich anscheinend selbst in einem Zustand geistiger Unstäte befindet . . . Ohne eine klar um-

rissene Auffassung vom Ziel des menschlichen Bemühens ist auch die Entwicklung der Naturwissenschaft eine gefährliche Waffe. Mit eigenen Augen können wir sehen, wie die mächtigsten Nationen auf dem Wege, der zur Zerstörung der Zivilisation, ja der ganzen Menschheit führt, strauchelnd vorwärts taumeln. Der von einer schrecklichen Nervenspannung geplagte Okzident hat keine Möglichkeit, uns zu einer Gleichgewichtshaltung zu führen . . .“

In dieser Situation hat die kommunistische Werbung unter den Studenten große Erfolge zu verzeichnen. Der Kommunismus gibt ihnen ein klares Lebensziel, und die bittere Armut — die meisten Studenten stammen aus armen Familien — sowie die Aussichtslosigkeit, für fast 500 000 Studenten nach Vollendung der Studien eine entsprechende Arbeit zu finden, läßt in ihnen das Verlangen nach radikaler Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung wach werden, die der Kommunismus verspricht. Die Zahl der Studenten (und auch der Professoren), die zu kommunistischen Ideen übergehen, wächst dauernd. Die christliche Soziallehre ist bei der großen Masse der Studenten unbekannt, und sie können in einem Lande, wo das Christentum eine so große Minderheit darstellt und wo selbst sehr viele Katholiken erst seit einigen Jahren zur Erkenntnis der Notwendigkeit sozialchristlicher Verwirklichungen erwachen, nur in äußerst beschränktem Maße einen Anschauungsunterricht dieser Art erhalten, etwa im Gebiete um Bombay oder Kalkutta oder im Süden des Landes. Wichtig zur Beurteilung der geistigen Lage der Studentenschaft ist auch die Tatsache, daß die beiden obersten Gymnasialjahre in Indien schon ein Teil der Universitätsbildung sind, so daß die jungen Menschen geistig noch sehr unfertig zur Hochschule kommen und dadurch anfälliger für radikale Ideen sind. Dem Hinduismus sind schätzungsweise nur fünf Prozent der Studenten innerlich noch ergeben. Die Begabten unter den Studierenden wenden sich den Naturwissenschaften bzw. den technischen Berufen zu, während die geisteswissenschaftlichen Fächer vor allem die Minderbegabten anziehen.

Der Geist der Universitätskollegien

Die übergroße Mehrzahl der indischen Studenten erhält ihre Bildung an sogenannten Universitätskollegien, die in wenigen Fällen von der am Ort befindlichen Universität unterhalten werden, meist aber, über größere Gebiete verstreut, von Privaten oder Körperschaften geführt werden und einer Universität angegliedert sind. Diese Universität ist dann nur Verwaltungs- und Prüfungsbehörde, die zugleich eine mehr oder weniger strenge Überwachung des Unterrichts der ihr verbundenen Kollegien durchführt. Die Inder haben diese Universitätsverfassung aus der englischen Zeit übernommen und weitergeführt. Indien besitzt zur Zeit 33 Universitäten, denen 920 Kollegien angeschlossen sind. Das geistige Leben der Hochschulen spielt sich hauptsächlich in den Kollegien ab, und deren Bildungs- und Erziehungsmethoden sind entscheidend für den Weg der jungen Gebildeteneneration im neuen Indien. Normalerweise tritt der Abiturient schon mit 16 Jahren in das Hochschulkolleg ein. In Weiterführung des Grundprinzips der Engländer in Indien, das den Hochschulen weltanschauliche Neutralität vorschrieb, um religiöse Konflikte unter den verschiedenen dort vertretenen Religionen zu vermeiden, sind im neuen Indien die Universitäten auf der Theorie der Neutralität aufge-

baut, was in der Praxis Gleichgültigkeit gegenüber der Religion oder sogar eine ganz säkularistische Grundhaltung bedeutet, d. h. die Auffassung, daß Religion nicht zählt, daß Erziehung ohne sie möglich ist und daß eine Religion so gut wie die andere ist. „Welche Kultur hüten oder fördern unsere Universitäten?“, so fragt in „The Examiner“ (Bombay, 19. 1. 52) der indische Jesuit T. N. Siqueira. „Ist sie hinduistisch, mohammedanisch, christlich? Vielleicht ein unklares Gemisch der drei. Obwohl wir mit Stolz von der indischen Kultur sprechen, kann man bezweifeln, ob es überhaupt so etwas im wahren Sinne gibt.“ So kommt es, daß den Unterrichtsfächern das einigende Band fehlt, und das eine Lehrfach kann an der gleichen Hochschule zerstören, was das andere aufzubauen sucht. Die Lehrkörper an den Hochschulen bzw. Kollegien spiegeln den Geist der weltanschaulichen Ratlosigkeit wider. Der übergroße Raum, der den praktischen Wissenschaften eingeräumt wird, führt die indische Hochschule zudem immer weiter von der Grundidee einer universitas litterarum ab. Die Kollegien sind überfüllt mit Studenten, die möglichst bald eine gutbezahlte Stellung suchen. So werden sie zu Examensfabriken. Die Zahl der Professoren ist weit geringer als etwa an den europäischen Hochschulen, die Zahl der Studenten um vieles größer. Die Masse drückt das Niveau der Examina, und es fehlt an persönlichem Kontakt zwischen Lehrern und Schülern. Kein Wunder, wenn die Klagen über Disziplinlosigkeit der Studenten kein Ende nehmen.

Die katholischen Universitätskollegien

Schon wenige Jahre nach Gründung der drei ersten Hochschulen in Indien durch die „Ostindische Kompagnie“ (1857) sahen sich die christlichen Bekenntnisse genötigt, eigene Kollegien einzurichten, die dann das Studienprogramm, die Handbücher und die Unterrichtsmethoden der Universität übernehmen mußten, der sie sich angeschlossen. Die ersten katholischen Einrichtungen dieser Art wurden um 1868 gegründet. Betrug ihre Zahl im Jahre 1900 12, so waren es 1950 schon 44. Heute zählt man 65. Daraus ist ersichtlich, daß die Kirche Indiens sich weit über das Maß ihrer personellen und materiellen Möglichkeiten in der Vermittlung höherer Bildung engagierte. Finanziell konnte sie es nur dank der staatlichen Beihilfen. Besonders rasch wuchsen entsprechend dem Zustrom der Frauen zu den Hochschulen in den letzten Jahren die Kollegien für Studentinnen. Im Jahre 1953 zählte man nur vier, heute 27, denen 34 für Studenten gegenüberstehen. Entsprechend der in Indien sich ausbreitenden Praxis, auch Kollegien für beide Geschlechter zu gründen, hat man neuerdings katholischerseits 4 sog. Gemischte Kollegien eingerichtet. Die Zahl der protestantischen Kollegien ist etwas geringer als die der katholischen. Während aber die Protestanten ihre Anstalten im Norden (wo wenige Christen leben) unverhältnismäßig stark entwickelten, liegt die Masse der katholischen Kollegien im Süden (37), wo sie dem Bildungsverlangen der starken Katholikengruppen genügen. Der Rest gruppiert sich um die katholischen „Inseln“ von Bombay und Kalkutta. Nördlich der Linie Bombay-Kalkutta gibt es nur ein einziges bedeutendes Kolleg (in Ranchi). Es ist vielleicht kein Zufall, daß die Kirche gerade in gewissen Gebieten Nord- und Zentralindiens heute besondere Schwierigkeiten hat. Weil sie dort keine Kollegien

besitzt, ist ihr Einfluß geringer und sind die Vorurteile gegen sie groß. Man hat vor ein paar Jahrzehnten innerhalb des katholischen Lebenskreises einen heftigen Feldzug gegen die katholischen Kollegien Indiens geführt, weil die dort in großer Zahl zugelassenen Nichtkatholiken nur in seltensten Fällen konvertierten. Angeblich verfehlten diese Einrichtungen das Ziel einer jeden katholischen Bildungsstätte. Die geschichtliche Entwicklung hat aber dieser Auffassung besser und nachdrücklicher Unrecht gegeben, als es einer theoretischen Abwehr dieser Angriffe möglich war. Dank der Kollegien, in denen noch heute die Söhne höchster Staatsbeamten ihre Bildung erhalten, konnte die Kirche unter Tausenden der heutigen Führungsschicht Vorurteile beseitigen, eine gerechte Würdigung der Kirche erreichen, die Prinzipien katholischer Naturrechtslehre verbreiten und Studenten auf dem Boden ihrer eigenen ererbten religiösen Kultur zu einem echten und persönlichen Verhältnis zu Gott verhelfen. Die Kirche hat so echten Kontakt zum Hinduismus und zum Islam gewonnen.

Das Problem der Zulassung von Nichtkatholiken

Dennoch wirft die Tatsache, daß in sehr vielen Kollegien die Zahl der Nichtkatholiken bzw. Nichtchristen weit aus größer ist als die Zahl der Katholiken, natürlich viele Probleme auf. Um zu ihnen Stellung zu nehmen, muß man von zwei unausweichlichen Gegebenheiten ausgehen. Die Kirche war zunächst zur Gründung von Kollegien genötigt, um überhaupt die Möglichkeit zu besitzen, eine katholische Elite zu formen. Ohne Zulassung von Nichtkatholiken in einem nach Bildung hungernden Lande wären der Kirche aber viele ernste Schwierigkeiten unter der Bevölkerung und bei den Regierungen entstanden. Vor allem war sonst für die Kollegien nicht die nötige Besucherzahl gesichert, die den geforderten starken personellen Einsatz rechtfertigte und solche Unternehmen finanziell tragbar machte. Jeder Diskussion macht aber die Tatsache ein Ende, daß der Staat im alten und neuen Indien die Gewährung der für jedes Kolleg notwendigen staatlichen Beihilfen von der Aufnahme von Studenten jeder Rasse und jedes Bekenntnisses abhängig macht. So sind heute von den genau 31 985 Studenten und Studentinnen der 65 katholischen Kollegien nur 8304 Katholiken. 4152 gehören anderen christlichen Bekenntnissen an, während die Zahl der Nichtchristen (Hindus, Mohammedaner, Parsen) 19 529 beträgt. 60% der Kollegsbesucher sind also „Heiden“. Von den 1779 Professoren dieser Kollegien sind nur 978 katholisch, während 801 Nichtchristen sind. Interessant ist, daß man also keine protestantischen oder schismatischen Christen als Professoren beschäftigt, obwohl der Mangel an Lehrkräften enorm ist. Die wichtigsten Professuren sind Priestern oder katholischen Laien anvertraut.

Die Luft, die die Studenten im Kolleg atmen, ist vom katholischen Geiste geprägt, so daß die Katholiken unter ihnen nicht in Gefahr sind, fremden Einflüssen zu unterliegen. Im Gegenteil: aus einer vom Hinduismus geprägten Umwelt kommend, empfinden sie den Kontrast zu ihrer häuslichen Umgebung sehr stark. Im Gegensatz zu den meisten nichtkatholischen Kollegien wohnen hier die Patres mitten unter den Studenten und ermöglichen ihnen jederzeit einen persönlichen Kontakt. Nichtsdestoweniger leiden auch die katholischen Kollegien unter dem

Massenzustrom von Studenten und beklagen die dadurch bedingte Erschwerung der Fühlungnahme mit dem Einzelnen. Für den guten Geist der katholischen Kollegien spricht die Tatsache, daß aus ihnen jährlich viele Priesterberufe hervorgehen. Hinsichtlich der Ausnutzung des in den Kollegien gebotenen Kontaktes zu einer echten Annäherung an die Nichtchristen sind noch Wünsche offen. Der Bericht des Bischofs William Bouter auf der Ständigen Bischofskonferenz des Jahres 1951 hob die Klagen mehrerer Bischöfe hervor, daß eine Anzahl von Professoren kaum qualifiziert seien, um ernste Kontakte mit den nichtchristlichen Studenten herzustellen, weil ihre Kenntnis der indischen Sprache und der Dinge Indiens unzureichend sei. Inzwischen mag sich hier manches gebessert haben, was noch an das Zeitalter des Europäismus der Mission in Indien erinnert.

Der Moralunterricht der Kollegien

Dürfen die Kollegien ihren katholischen Studenten jede religiöse Unterweisung und Erziehung in ihrem eigenen Glauben geben, so ist für die heidnischen Schüler nur ein Moralunterricht gestattet. Man lehrt die natürliche Religion — die Existenz Gottes, die Unterscheidung von Gut und Böse, die Pflicht, dem Gewissen zu folgen. Im einzelnen wird die Tugend- und Pflichtenlehre auf das konkrete Leben angewandt. Auch auf die jeweils aktuellsten Fragen Indiens geht man ein und beleuchtet sie im Lichte der Naturrechtslehre. Sicherlich sind die katholischen Kollegien durch ihren Moralunterricht, überhaupt ihre ganze Grundhaltung, ein starker Damm gegen den Materialismus und Kommunismus.

Eine Arbeitsgemeinschaft der Allindischen Studienwoche in Madras (Dezember 1956) hat sich eingehend mit der Frage befaßt. Die Entschließung der Gruppe betonte die Notwendigkeit, im Moralunterricht zu einem persönlichen Verhältnis der Liebe und des Vertrauens zu Gott zu führen. Es folgt dann ein Satz, der zeigt, wie man mit dem Problem ringt, im Moralunterricht an das übernatürliche Leben heranzuführen: „Persönliche Verbindung mit Gott ist tatsächlich nur auf übernatürlicher Ebene möglich, und manches aus dem übernatürlichen Leben kann unseren Studenten nur in Begriffen der persönlichen Frömmigkeitssphäre erklärt werden. Eine rein ‚natürliche Religion‘ wird und kann ihnen nicht genügen, denn alle Menschen sind zum Übernatürlichen berufen.“ Dringend werden Textbücher für den Moralunterricht, in erster Linie Handbücher für die Lehrkräfte, gefordert, die den Bedingungen Indiens angepaßt sind. Die Herstellung von Handbüchern für die Schüler selbst fand keine begeisterte Zustimmung. Man war sich der pädagogischen und katechetischen Problematik solcher „Leitfäden“ in der schwierigen psychologischen Umwelt des Kollegs bewußt. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß nur die besten geistlichen und weltlichen katholischen Lehrkräfte zur Erteilung des Moralunterrichts geeignet seien. Am Ende des Moralkurses sollte nach der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft offen von der Verpflichtung des Menschen gesprochen werden, die volle Wahrheit zu suchen. Man müsse dabei auf die Notwendigkeit hinweisen, die Gnade Gottes zu finden, darauf zu hören und sich ihr hinzugeben. Der Hinweis auf die Pflicht, die volle Wahrheit zu suchen, ist gerade für die Studenten hinduistischer Herkunft besonders dringlich, da

der Hinduismus alle Religionen als Wege zur Annäherung an das eine Absolute ansieht, oder, wie der Neuhinduist Dr. Radhakrishnan sagt: „Wenn es gilt, die Botschaft der Religionen in bezug auf die Probleme unserer Zeit zu verdeutlichen, müssen wir die Ansicht aufgeben, daß irgendeine Religion die letzte, absolute und ganze Wahrheit enthält.“

Grenzen der Verwirklichung des katholischen Erziehungs- und Bildungsideals

Die christlichen Eltern geben ihre heranwachsenden Kinder gerne in die katholischen Kollegien, weil sie dort allein die Möglichkeit haben, in Gemeinschaft mit anderen Christen an der Universität ihren Glauben zu schützen und zu leben. Es ist doch bezeichnend, daß 40 Prozent der Studenten der katholischen Kollegien Christen sind, während die Katholiken in Indien nur wenig mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Nichtchristen schätzen vor allem die dort vermittelte Charakterbildung und Erziehung zu einem sittlichen Leben. Dennoch sind der Anwendung christlicher Bildungs- und Erziehungsmethoden an den indischen Universitäten schmerzlich empfundene Grenzen gesetzt. Der den jungen Leuten vorgesetzte, an Umfang stets wachsende Bildungsstoff fördert die Vielwisserei, die Oberflächlichkeit und die einseitige Ausbildung des Gedächtnisses auf Kosten der gründlichen verstandesmäßigen Durchdringung der Materien. Die indische Geistesanlage kommt dieser Art der Bildungsvermittlung, die schon die Engländer an den indischen Hochschulen begünstigt haben, entgegen. Nur in begrenztem Maße kann das katholische Kolleg diesen Tendenzen entgegenarbeiten. In einem Aufsatz: „Jesuiten und Erziehung“ („The Examiner“, 14. 7. 56), zeigt der oben zitierte T. N. Siqueira SJ, Angehöriger eines Ordens, der in Indiens katholischer Kollegiarbeit die Führung hat, wie wenig die Studienordnung der Gesellschaft Jesu (ratio studiorum) zur Zeit dort verwirklicht werden kann. Seit 1947 (der Selbständigkeitsklärung Indiens) hätten die Jesuiten mehr und mehr empfunden, daß sie ihre Prinzipien stets ungünstigeren Umständen anzupassen hätten. Sie könnten nicht die humanistischen Fächer lehren, die wirklich erziehen, sondern nur andere, die da und dort gerade in Mode sind, um den wechselnden Grillen von Amateurreformern zu genügen und die finanziellen Beihilfen zu erhalten, die man aus Armut nicht verachten könne. Wären die Jesuitenkollegien finanziell unabhängig, so könnten sie in Lehrplan und Methoden einen ausgezeichneten Beitrag zum indischen Erziehungswesen leisten. So müßten sie sich damit begnügen, wenigstens den Geist ihrer Erziehungsmethode nach besten Kräften zu verwirklichen. Es tröste sie dabei der Gedanke, daß die heute aus der Sucht, den Westen nachzuäffen, preisgegebene altindische Erziehungsmethode, die Religion und Moral an die erste Stelle setzte und den persönlichen Kontakt mit dem Lehrer (guru) über alles wertete, eine ausnehmend starke innere Verwandtschaft mit der Jesuitenerziehung habe. Die christlichen Erziehungsgrundsätze nach Kräften zu verwirklichen sehe sich das katholische Bildungs- und Erziehungswesen um so mehr veranlaßt, als die Früchte der Vernachlässigung altindischer Erziehungsmethoden an den Hochschulen Indiens jetzt der Reife entgegengehen.

Es besteht zwar eine Strömung in Indien, die alle Kollegien verstaatlichen möchte. Aber bisher hat man sich nicht an das Experiment herangewagt, weil man deutlich fühlt, daß die private Initiative nicht ausgeschaltet und der Erziehungswerte, die vor allem die christlichen Kollegien beibringen, nicht entbehrt werden kann. Dennoch sucht die Regierung den religiösen Grundcharakter der Kollegien möglichst zu schwächen, nicht zuletzt auch um die Hindu-Universität in Benares und die mohammedanischen Universitäten daran zu hindern, allzu artikuliert ihre Weltanschauung gegenüber der Konstruktion des religiös neutralen Staates hervortreten zu lassen. Das mohammedanische Kolleg in Madras hat man aus diesem Grunde tatsächlich verstaatlicht. Hier und da bot man auch katholischen Kollegien die Ehre an, sich unmittelbar in eine Universität aufnehmen zu lassen. Man wußte katholischerseits nur zu gut, was damit beabsichtigt war, und winkte ab.

Begreiflicherweise taucht hin und wieder der Gedanke auf, eine unabhängige Katholische Universität für das ganze Land zu gründen. Aber die Durchführung des Gedankens ist unmöglich. Die Regierung würde nicht dazu die Erlaubnis geben, und wenn sie es täte, würde sie die Stellung eines enormen Garantiefonds verlangen, der die Fortführung der Hochschule, auch wenn man sie aus irgendwelchen Gründen wieder aufgeben wollte, für eine Reihe von Jahren sicherstellte. An der Zentraluniversität müßten zudem große Internate für die meist armen katholischen Studenten aus dem ganzen Lande errichtet werden, die sonst die regionalen Kollegien als Externe besuchen. Da ferner die katholischen Studenten recht verschiedenen rassischen und sozialen Gruppen angehören, müßte man für jede dieser Gruppe besondere Küchen einrichten, da sie auf ihre heimatlichen Sitten nicht verzichten wollen.

Entscheidend sind aber die inneren Gründe gegen die Schaffung einer Katholischen Universität. Die Hindus und Moslimen würden eine solche Hochschule nicht besuchen können und wollen. Damit wären die katholischen Studenten (und auch die dort studierenden zukünftigen Priester) des Kontakts mit der riesigen Mehrheit ihres großen Landes beraubt. Die Ausstrahlung katholischer Prinzipien (z. B. der heute so wichtigen katholischen Soziallehre) in den nichtchristlichen Raum wäre ernstlich gefährdet. Es ist auch sehr fraglich, ob die protestantischen und schismatischen Christen einen Zug zu einer solchen Universität hätten. Im Lande selbst würde die Hochschule Gegenstand dauernder Kritik und diskriminierender Presseartikel sein. Ihr Studienprogramm müßte sich in Inhalt und Methode derart von jenen der anderen Universitäten abheben, daß die Besucher der Hochschule praktisch eine ganz andere Vorbildung erhielten als ihre Kommilitonen draußen im Lande. Das würde in ihnen das Gefühl geistiger Isolierung verstärken, und es brauchte nur eine Hetzkampagne einzusetzen, um ihnen nach Abschluß der Hochschulbildung die Möglichkeiten, eine geachtete Stellung im Beruf zu finden, aufs äußerste zu erschweren. Da also die Gründung einer Katholischen Universität in absehbarer Zukunft unmöglich erscheint, wird man die Heranbildung einer katholischen Elite an den Universitätskollegien mit aller Kraft weiter fördern müssen.

Bischof Dibelius über sein Amt

Eine Folge der letzten Generalsynode der EKD, die den Vertrag über die Militärseelsorge in der Bundesrepublik annahm (vgl. ds. Jhg., S. 320), war das Einreiseverbot für Bischof Dibelius in die Ostzone, das bis jetzt hartnäckig aufrechterhalten wird. Da D. Dibelius auch nicht am Kurmärkischen Kirchentag in Potsdam teilnehmen konnte, seinem alten Sprengel, aus dem ihn schon 1933 die Nationalsozialisten vertrieben, richtete er nunmehr einen offenen Brief an die Pfarrer und Mitarbeiter der Mark Brandenburg. Darin heißt es u. a.: „Diese Behinderungen seiner Amtsführung bedeuten — darüber werden sich die staatlichen Stellen klar sein — einen folgenschweren Eingriff in das Amt eines evangelischen Bischofs und damit in das innere Leben unserer Kirche überhaupt. Ich möchte darüber nicht viel Worte machen. Die Folgen, die sich ergeben, kann ich nicht aus der Welt schaffen. Aber dramatisieren will ich nichts!

Behinderungen des bischöflichen Amtes sind für unsere Generation nichts Ungewohntes mehr. Im nationalsozialistischen Staat haben wir sie genugsam erfahren. Immer haben sie sich weithin in die Gemeinden hinein ausgewirkt. Das Ergebnis ist am Ende jedesmal gewesen, daß die innere Kraft der Kirche dadurch gestärkt worden ist. Es wird diesmal nicht anders sein... Für einen Bischof gibt es im übrigen nur *eine* Antwort, wenn andere Leute etwas gegen ihn unternehmen. Diese Antwort steht in der Bergpredigt und heißt: ‚Bittet für die, die euch beleidigen und verfolgen!‘ Über solche Fürbitte habe ich ein wenig geschrieben. Es wird Ihnen zugehen. Es wird allen zur Verfügung stehen, die danach verlangen...“

Fragen an die Lutheraner

Nachdem die Herder-Korrespondenz im Juni (ds. Jhg., S. 443 ff.) das Studierendokument für die 3. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Minneapolis einer sehr kritischen Würdigung unterzogen hat, wird es unsere Leser, die ein positiveres Gespräch mit den Lutheranern wünschten, interessieren, daß ähnlich kritische Stimmen auch von anderer Seite vorliegen. Die „Lutherische Rundschau“, das Organ des Lutherischen Weltbundes, veröffentlicht in ihrem neuesten Heft (Juni 1957) u. a. eine von uns bereits erwähnte Arbeit von Thomas Sartory OSB, „Gedanken eines Katholiken zum Studierendokument“, die sich weitgehend mit den Fragen deckt, die die Herder-Korrespondenz zum Thema „Christus befreit und eint“ geäußert hat. Bemerkenswert für die Erkenntnis, welche Meinung man im Weltrat der Kirchen vom Luthertum hat, ist der Beitrag von J. Robert Nelson, Sekretär der Kommission „für Glaube und Kirchenverfassung“, seinem Bekenntnis nach amerikanischer Methodist. Unter dem Titel: „Wie wird die Vollversammlung der Einheit der Kirche dienen?“, richtet Nelson „vier Fragen eines Außenseiters“ an das Luthertum, die man auch in katholischen Kreisen mithören sollte, obwohl wir mit Nelson erklären möchten, daß wir ebenso wenig von den innerlutherischen Trennungen haben wie der Weltrat und daß uns ebenso daran gelegen ist, wenn die Lutheraner sich dogmatisch festigen, damit sie überhaupt ernsthaft ansprechbar werden.